



www.laender-analysen.de/ukraine

**DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN AM 25. MAI 2014
RUSSISCHE EINFLUSSNAHME AUF DIE AKTUELLE POLITISCHE SITUATION
AKTUELLE UMFRAGEN UND DOKUMENTATIONEN
DIE REFERENDEN IN DONEZK UND LUHANSK**

■ ANALYSE		
Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine		2
Von Andriy Meleshevich, Kiew		
■ UMFRAGE		
Aktuelle Umfragen zur Präsidentschaftswahl		6
Aktuelle Wahlrends zur Kiewer Bürgermeister- und Stadtratswahl		10
■ ANALYSE		
Föderalisierung versus Bosnisierung – Russlands Ukraine-Strategie		12
Von Stefan Meister, Berlin		
■ UMFRAGE		
Separatistische Bestrebungen in der ukrainischen Bevölkerung		17
■ DOKUMENTATION		
Die Genfer Erklärung		21
Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine		21
■ ANALYSE		
Die Referenden in Donezk und Luhansk		23
Von Heiko Pleines, Bremen		
■ UMFRAGE		
Positionen in der russischen Bevölkerung zur Krimkrise und den Ereignissen in der Ostukraine		27
■ CHRONIK		
07. April – 11. Mai 2014		32



Rechtliche und politische Aspekte der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2014 in der Ukraine

Von Andriy Meleshevich, Kiew

Zusammenfassung

Für den 25. Mai 2014 sind vorgezogene Präsidentschaftswahlen angesetzt. Trotz der großen Anzahl an Kandidaten sind vor allem drei Nominierungen und die mit ihnen verbundenen Ereignisse für den Ausgang der Wahlen zentral: Erstens der Rückzug Witalij Klitschkos und die Tatsache, dass er und seine Partei UDAR den Kandidaten Petro Poroschenko unterstützen, zweitens die Befreiung Julija Tymoschenkos aus der Haft und ihre Teilnahme an den Wahlen für die Partei Vaterland und drittens die Unfähigkeit der noch bis vor kurzem regierenden Partei der Regionen, einen gemeinsamen, von der gesamten Partei unterstützten Kandidaten aufzustellen.

In ihrer Sitzung am 22. Februar 2014 verabschiedete die Werchowna Rada, das Parlament der Ukraine, die Resolution »Über die Selbstentfernung des Präsidenten der Ukraine aus dem Amt und vorgezogene Präsidentschaftswahlen in der Ukraine«. Für die Resolution, die von den drei Vorsitzenden der Parteien der damaligen Opposition (Witalij Klitschko – UDAR; Arsenij Jazenjuk – Vaterland; Oleh Tjahnybok – Freiheit) ins Parlament eingebracht wurde, stimmten 328 der 334 an dem Tag im Parlament registrierten Abgeordneten. Zusammen mit den drei Oppositionsparteien und den unabhängigen Abgeordneten stimmten für die Resolution auch die Fraktion der Kommunistischen Partei der Ukraine (faktisch vollständig) und fast alle anwesenden Abgeordneten der regierenden Partei der Regionen. Kein Mitglied des Parlaments stimmte dagegen oder enthielt sich der Stimme.

Die Resolution ist sehr kurz und stellt ein äußerst wichtiges Dokument für die Ukraine dar, so dass man sie im Wortlaut zitieren sollte: »Während der Präsident der Ukraine Wiktor Janukowytsch sich von der Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse selbst entfernt hat, was die Regierbarkeit des Staates, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine sowie die Grundfreiheiten und Menschenrechte der Bürger bedroht, beschließt die Werchowna Rada der Ukraine in äußerster Dringlichkeit und den souveränen Willen des ukrainischen Volkes zum Ausdruck bringend: (1) festzulegen, dass der Präsident der Ukraine Wiktor Janukowytsch sich in einer verfassungswidrigen Weise aus der Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse selbst entfernt hat und seine Verpflichtungen nicht erfüllt, (2) gemäß Absatz 7 des Artikels 85 der Verfassung der Ukraine vorzeitige Präsidentschaftswahlen der Ukraine für den 25. Mai 2014 anzusetzen. (3) Diese Verordnung tritt nach ihrer Annahme in Kraft.«

Die Verabschiedung der Resolution wurde durch eine Reihe von Ereignissen in den Tagen zuvor veranlasst. Die wichtigsten davon waren der Tod durch Schusswunden von etwa 100 Maidan-Aktivisten, der

Versuch, den Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition unter der Teilnahme der Außenminister Deutschlands und Polens und eines Vertreters des Außenministeriums Frankreichs zu lösen, und das plötzliche Verschwinden von Wiktor Janukowytsch und seinen engsten Verbündeten aus Kiew am 22. Februar. Sechs Tage später, am 28.02.2014, fand sich Wiktor Janukowytsch in der Stadt Rostow am Don in der Russischen Föderation ein, wo er eine Pressekonferenz gab. Wenngleich Janukowytsch zu diesem Anlass erklärte, dass er sich selbst als legitimen Präsidenten betrachte und dass er »für die Zukunft der Ukraine auch weiterhin kämpfen« werde, kann seine politische Karriere als höchster Beamter der unabhängigen Ukraine für beendet erklärt werden. Die vorzeitigen Präsidentschaftswahlen sind für den 25. Mai 2014 angesetzt.

Das Gesetz »über die Wahl des Präsidenten der Ukraine«

Das Gesetz »Über die Wahl des Präsidenten der Ukraine« wurde am 3. März 1999 verabschiedet, was es zu einem der ältesten Gesetze macht, die die Durchführung der Wahlen in der Ukraine bestimmen. Seit seiner Verabschiedung wurde das Gesetz jedoch mehr als zwanzig Mal geändert und ergänzt. Nach der Entfernung von Wiktor Janukowytsch aus dem Amt des Präsidenten wurden bereits drei Mal Änderungen vorgenommen.

Das ukrainische Wahlgesetz sieht vor, dass der Präsident der Ukraine in einer absoluten Mehrheitswahl gewählt wird: Die Wahl gewinnt der Kandidat, der mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat. Wenn keiner der Kandidaten die notwendige Stimmenanzahl bekommen hat, findet drei Wochen später eine Stichwahl zwischen den beiden in der ersten Runde bestplatzierten Kandidaten statt.

Artikel 1 des Gesetzes der Ukraine »Über die Wahl des Präsidenten der Ukraine« sieht vor, dass der Präsident von den Bürgern der Ukraine in einer allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt wird. Nach Artikel 10 kann

ein Kandidat für das Präsidentenamt der Ukraine entweder von einer Partei vorgeschlagen werden oder sich selbst nominieren, dabei darf jede Partei nur einen Präsidentschaftskandidaten nominieren.

Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) hat wiederholt die Mängel des Gesetzes »Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine« hervorgehoben. In ihrer Stellungnahme vom 12. Oktober 2009 über die Rechtsvorschriften für die ukrainischen Präsidentschaftswahlen äußerte die Venedig-Kommission Kritik an einer Reihe von Regelungen. Darunter waren Beschränkungen des passiven Wahlrechts, die Einschränkung der Medienfreiheit im Wahlprozess, die Tatsache, dass unabhängige Nichtregierungsorganisationen keinen Wahlbeobachterstatus erhalten, ineffiziente und verwirrende Bestimmungen über die Wahlkampffinanzierung und das Fehlen eines transparenten Mechanismus für die Ernennung der Wahlkommissionsmitglieder und deren Entscheidungsfindung.

Viele dieser Kritikpunkte wurden in Betracht gezogen und im Februar/April 2014 bei der Änderung des Gesetzes »Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine« berücksichtigt. Zum Beispiel erweiterte die Werchowna Rada am 13. März 2014 die Rechte der offiziellen Beobachter, führte den Beobachterstatus für Nichtregierungsorganisationen ein und gestaltete die Grundsätze der Bildung und Tätigkeit der Wahlkommissionen transparenter, demokratischer und offener. Das Gesetz »Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine« wurde außerdem um einen neuen Absatz erweitert, in dem die Regeln für die Medienberichterstattung über Wahlen festgelegt wurden. Zum Beispiel sehen die neuen gesetzlichen Vorschriften vor, dass die Informationen aus den bei der Zentralen Wahlkommission für die Registrierung von Kandidaten eingereichten Unterlagen öffentlich zugänglich gemacht werden.

In einer weiteren verabschiedeten Änderung des Gesetzes wurde die Zentrale Wahlkommission dazu verpflichtet, die Wahlergebnisse unabhängig davon zu bestimmen, ob in jedem Wahlkreis oder Bezirk tatsächlich eine Abstimmung stattgefunden hat. Wenn also aus irgendeinem Grund in einigen Wahlkreisen nicht gewählt wurde, werden die Wahlergebnisse mittels der Daten aus den anderen Ortsteilen ermittelt. Vor dem Hintergrund der russischen Annexion der Autonomen Republik Krim und den sozialen Spannungen in einigen östlichen Regionen der Ukraine dient diese Neuerung zweifellos der rechtlichen Legitimierung der vorzeitigen Präsidentschaftswahlen im Mai dieses Jahres.

Die Kandidaten

Die außerplanmäßigen Präsidentschaftswahlen brachten eine erhebliche Anzahl von Kandidaten hervor. Ins-

gesamt erklärten 23 Anwärter, sich am Rennen um das Amt beteiligen zu wollen. Sieben der Teilnehmer wurden von politischen Parteien aufgestellt – die anderen 16 entschieden sich, als selbst aufgestellte Kandidaten an der Wahl teilzunehmen. Zwei weniger beachtete Kandidaten zogen am ersten Mai ihre Kandidatur doch noch zurück. An diesem Tag lief die Frist ab, in der sie die Gebühr von 2,5 Millionen Hrywnja (etwa 150.000 Euro) hätten zahlen müssen.

Ungeachtet der großen Anzahl an Kandidaten werden für das Ergebnis der Wahlen insbesondere drei Nominierungen und die mit ihnen verbundenen Ereignisse von Bedeutung sein. Erstens der Rückzug von Witalij Klitschkos Kandidatur und die Tatsache, dass sowohl seine Partei UDAR als auch er persönlich die Kandidatur Petro Poroschenkos unterstützen; zweitens die Befreiung Julija Tymoschenkos aus dem Gefängnis und ihre Teilnahme an den Wahlen für die Gesamtukrainische Vereinigung »Vaterland« und drittens die Unfähigkeit der bis vor kurzem noch regierenden Partei der Regionen, einen starken Kandidaten mit der Unterstützung der gesamten Partei aufzustellen.

Petro Poroschenko und Witalij Klitschko

Witalij Klitschko hatte auf einer Parlamentssitzung am 24. Oktober 2013 zunächst erklärt, an den damals noch für 2015 angesetzten regulären Präsidentschaftswahlen teilzunehmen. Zu dieser Zeit hatte Klitschko Grund zu hoffen, dass gerade er der gemeinsame Kandidat der demokratischen Opposition werden könnte: Er hatte die höchsten Zustimmungsraten unter den Oppositionskandidaten und die von ihm gegründete Partei UDAR bot nicht nur die Infrastruktur für die Unterstützung ihres Chefs, sondern stellte auch ein relativ starkes Team von Spezialisten verschiedener politischer Fachrichtungen. Außerdem hatte Klitschko das Image eines zwar in Politik und Wirtschaft nicht besonders erfahrenen, doch immerhin anständigen Politikers – was in der ukrainischen Realität noch immer eine Ausnahme darstellt.

Noch am 27. März 2014 erklärte Klitschko, dass er nicht vorhabe, von der Kandidatur zurückzutreten. Aus diesem Grund war das Ergebnis des Parteitages, der zwei Tage später am 29. März 2014 stattfand, besonders überraschend. Dort verkündete Witalij Klitschko seine Unterstützung eines anderen Kandidaten, der gute Chancen auf einen Wahlsieg habe: Petro Poroschenko. Außerdem unterzeichneten Klitschko und Poroschenko eine Erklärung ihres Zusammenschlusses, »mit dem Ziel, einen gemeinsamen Sieg der demokratischen Kräfte bei den kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und den Bürgermeisterwahlen in Kiew zu sichern«, und zwar durch die Umsetzung »einer Politik der nationalen Einigkeit, der territorialen Integrität« und der

»europäischen Reformen.« Klitschko erklärte in seiner Parteitage Rede, dass er sich dazu entschlossen habe, für den Posten des Kiewer Bürgermeisters zu kandidieren.

Doch wen unterstützt Witalij Klitschko? Wer ist Petro Poroschenko? Poroschenko wurde im Jahr 1965 in einer Kleinstadt im Gebiet Odessa geboren. Er wurde bereits vier Mal als Abgeordneter in die Werchowna Rada gewählt, zuletzt 2012 im Gebiet Wynnitzja als selbst aufgestellter Kandidat eines Einerwahlkreises. Zweimal war er bisher Teil der Regierung: zuerst als Außenminister, später als Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel. Außerdem saß er dem Rat der Ukrainischen Nationalbank vor. Laut dem ukrainischen Magazin Forbes Ukraina liegt Petro Poroschenko mit einem Vermögen von 1,6 Milliarden Dollar auf Platz sieben der reichsten Ukrainer. Das Wirtschaftsimperium Poroschenkos umfasst Firmen aus der Konditorei- und der Automobilbranche, den Fernsehseher »5. Kanal« und eine Reihe weiterer Unternehmen.

Zu unterschiedlichen Zeiten saß Poroschenko in den Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine und des Wählerbündnisses »Unsere Ukraine«; heute ist er Vorsitzender der »virtuellen« Partei »Solidarität«. Das Bündnis mit Klitschko stellt für ihn den Kontakt zur Partei UDAR her, die im Parlament vertreten ist und auf deren Infrastruktur und Expertenpotential er während der Wahlkampagne zurückgreifen kann. Während der Proteste auf dem Maidan zwischen November 2013 und Februar 2014 hat sich Petro Poroschenko als entschlossener und effektiver Politiker und Anführer erwiesen, was ohne Zweifel den schnellen Anstieg seiner Popularität und seine Anerkennung in der ukrainischen Gesellschaft begünstigt hat.

Der Zusammenschluss der Wahlkampagnen Poroschenkos und Klitschkos wurde in der Ukraine positiv aufgenommen. Dies schlug sich auf die Position beider Politiker in den Umfragen nieder. Umfragen des Razumkow-Zentrums von Ende April 2014 zufolge sind 33 % der Befragten (und knapp 48 % derjenigen Wähler, die ihre Wahlentscheidung bereits getroffen haben) bereit, Poroschenko ihre Stimme zu geben. Das ist mehr als das Doppelte der entsprechenden Werte Julija Tymoschenkos, die in den Sympathien der Wähler den zweiten Platz einnimmt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Petro Poroschenko zum nächsten Präsidenten der Ukraine gewählt wird. Abzuwarten bleibt dabei, ob das bereits im ersten oder erst im zweiten Wahlgang geschieht.

Julija Tymoschenko

Die logische Folge der Flucht Wiktor Janukowytsch, des Desintegrationsprozesses der Fraktion der Partei der Regionen und der Herausbildung einer neuen parlamentarischen Mehrheit war die Befreiung Julija Tymoschen-

kos aus der Haft. Bereits am 21. Februar 2014 nahm das Parlament mit 310 Ja-Stimmen ein Gesetz über Änderungen im Strafrecht und der Strafprozessordnung an, welche die Freisprechung Julija Tymoschenkos von juristischer Verantwortung erlaubten. Am nächsten Tag, dem 22. Februar 2014, trat Julija Tymoschenko auf der Bühne des Maidan auf. Ihre Rede wurde im gesamten Land übertragen. Bereits in den ersten Minuten ihres Auftritts begannen Nutzer der Sozialen Medien, ihre Eindrücke miteinander zu teilen. Die Rede wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Folgende exemplarische Kommentare geben die Stimmung in der ukrainischen Gesellschaft wieder: »Julija ist in Freiheit – das ist gut. Das ist sehr gut! Das ist, endlich, eine gerechte Entscheidung. Sie hat viel durchlitten und ich habe nicht das moralische Recht, mich gegen sie auszusprechen. Doch als Wähler sage ich: Sie hat ihren Teil getan, man sollte ihr danken. Man sollte sie zur Ombudsfrau ernennen, das scheint für sie angebracht. Doch nun müssen wir unseren Teil leisten! Wir haben andere Leute, denen wir uneingeschränkt vertrauen können«, »(...) Der Maidan hat Tausende Führungspersönlichkeiten hervorgebracht, die nicht schlechter sind als Tymoschenko.«

Die Partei Vaterland ernannte Julija Tymoschenko auf ihrem Parteitag am 29. März 2014 zu ihrer Präsidentschaftskandidatin. Auf ihrer Parteitage Rede unterstrich Tymoschenko erstens die Unterstützung der Europäischen Integrationsbestrebungen der Ukraine, zweitens die Bedeutung einer Mittelschicht für Unabhängigkeit und Wohlstand und drittens die Notwendigkeit, die Korruption zu bekämpfen. Tymoschenko erklärte außerdem, dass sie einen »persönlichen Kampf gegen das Phänomen der Oligarchen« führen wolle.

Bisher hat sich dieser Krieg gegen die Oligarchen in Julija Tymoschenkos Wahlkampf auf die Kritik an einem einzigen Oligarchen beschränkt – ihrem stärksten Konkurrenten bei den Präsidentschaftswahlen, Petro Poroschenko. Eine Kritik anderer vermögender Ukrainer, wie zum Beispiel Rinat Achmetows, Ihor Koloymojskijs, Wiktor Pintschuks, Konstantin Schewagos oder Serhij Tarutas, war von der Anwärtlerin auf das Präsidentschaftsamt oder von ihrem Beratungsstab bisher nicht zu hören.

Laut den genannten Umfragen sind zehn Prozent der Befragten (und 15 % derjenigen, die sich bereits entschieden haben) bereit, Julija Tymoschenko ihre Stimme zu geben. Der Abstand zum momentan Erstplatzierten Petro Poroschenko ist erheblich. Julija Tymoschenko, die in der Vergangenheit durch besonders aktive und starke Endphasen ihrer Wahlkämpfe auffiel, hat noch Chancen, diesen Abstand zu verkürzen. Nach der »klassischen« Strategie der Organisation und Durchführung

von Wahlkampagnen fordern Julija Tymoschenko und ihr Stab zu direkten Debatten heraus. Am 1. Mai 2014 erklärte zum Beispiel Ihor Schdanow, einer der Chefstrategen aus Tymoschenkos Team: »Wir wenden uns noch einmal an den Präsidentschaftskandidaten Petro Poroschenko mit der Aufforderung, ehrliche Diskussionen in jedwedem Fernsehsender, an jedem Ort, zu jedweder Zeit zu führen, da die Gesellschaft solche Debatten zwischen den Bewerbern erwartet. Petro Poroschenko muss erklären, ob er bei diesen Wahlen von den Oligarchen aufgestellt wurde«. Ebenfalls der »klassischen« Vorgehensweise folgend, geht Petro Poroschenko auf die Forderungen nach direkten Debatten mit Tymoschenko nicht ein: Der Abstand zwischen beiden ist zu groß, als dass sich Poroschenko von einer direkten Debatte einen Vorteil versprechen würde.

Ein kritischer Punkt vieler Wahlkämpfe in der unabhängigen Ukraine ist die Nutzung so genannter »administrativer Ressourcen«: Mitglieder einer bestimmten Partei, die wichtige Posten in den Staatsorganen bekleiden, missbrauchen ihre Stellung und nutzen staatliche Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, um die Medien zu beeinflussen, illegal ihren Wahlkampf zu finanzieren, Mitbewerber einzuschüchtern, Wahlergebnisse zu fälschen und so weiter. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels kontrolliert die Partei Vaterland die wichtigsten Schaltstellen des Staates: Sie stellt den Übergangspräsidenten und den Parlamentssprecher, den Vorsitzenden des Ministerkabinetts, den Innenminister, den Justizminister und etliche andere. Es muss positiv herausgestellt werden, dass es bisher keine Berichte über einen Missbrauch von administrativen Ressourcen von Seiten dieser Beamten zur Unterstützung der Kandidatur Julija Tymoschenkos gibt.

Die Partei der Regionen

Bis zur Flucht Wiktor Janukowytschs kontrollierte die Partei der Regionen alle Staatsgewalten in der Ukraine und hatte ein zentralisiertes autoritäres System geschaffen, in dem alle einigermaßen wichtigen Entscheidungen in der Präsidialverwaltung getroffen wurden. Ohne den Präsidenten, d. h. ohne ein Zentrum der Entscheidungsfindung, zerfiel die Partei in enorm hohem Tempo. Die Erklärung des Fraktionschefs der Partei der Regio-

nen Oleksandr Efrechow vom 23. Februar 2014, in der dieser die Verbrechen Janukowytschs und seiner Gefolgsleute verurteilte, konnte diesen Zerfallsprozess nicht aufhalten. Die Fraktion der Partei der Regionen in der Werchowna Rada, der 210 Abgeordnete angehört hatten, schrumpfte auf die Hälfte ihrer ursprünglichen Größe. Viele regionale Abgeordnete, die mit Hilfe der Partei der Regionen gewählt worden waren, verließen die Partei, und in einigen Gebieten löste sie sich faktisch auf.

Die Partei der Regionen hatte mehrmals seit dem offiziellen Beginn der Wahlkampfphase die Ernennung eines Kandidaten verschoben. Ende März 2014 erklärten dann in kurzem Abstand gleich vier Mitglieder und Inhaber von Führungspositionen der Partei ihre Kandidatur: Serhij Tihipko, der stellvertretende Vorsitzende; Michajlo Dobkin, ehemaliger Verwaltungschef des Gebiets Charkiw; Oleh Zarjow, stellvertretender Fraktionsvorsitzender; und Jurij Bojko, ein ehemaliger Minister für Kraftstoff und Energie. Auf dem Parteitag am 29. März 2014 entbrannte zwischen diesen selbsternannten Kandidaten ein Kampf um die Unterstützung durch die Partei. Die überwältigende Mehrheit der Stimmen auf dem Parteitag trug schließlich die Kandidatur Michajlo Dobkins davon. Serhij Tihipko, der seine Ambitionen auf den Parteivorsitz nicht verhehlte, erkannte die Entscheidung des Parteitags nicht an. Er beschloss, seine Kandidatur nicht zurückzuziehen, worin ihn viele regionale Parteiverbände unterstützten. Daraufhin wurde er am 7. April 2014 zusammen mit Jurij Bojko und Oleh Zarjow wegen Missachtung eines Parteitagsbeschlusses aus der Partei ausgeschlossen.

Die bereits zitierten Umfragen von Ende April zeigen, dass etwa fünf Prozent der Befragten (und knapp sieben Prozent derjenigen, die ihre Entscheidung bereits getroffen haben) ihre Stimme Serhij Tihipko geben wollen. Für Michajlo Dobkin sind die entsprechenden Werte 3,4 und 4,2 Prozent.

Angesichts der instabilen Situation insbesondere im Donbass wäre es verfrüht, eine Prognose darüber abzugeben, wie sich die Zerstrittenheit der Partei der Regionen auf ihr weiteres Schicksal und auf die politische Balance in der Ukraine auswirken wird.

Übersetzung: Katerina Bosko und Jan Matti Dollbaum

Über den Autor:

Andrey Meleshevich ist Professor und Dekan der Rechtsfakultät der Nationalen Universität »Kiew-Mohyla Akademie«.

Lesetipps:

- Bader, Max, und Meleshevich, Andriy. *Die politischen Parteien der Ukraine vor den Parlamentswahlen*. Ukraine-Analysen Nr. 102, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen102.pdf>>
- Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 (Dokumentation), Ukraine-Analysen Nr. 131, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen131.pdf>>
- Central Election Commission of Ukraine, 2014 Extraordinary Presidential Elections <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vp2014/WP001>>

UMFRAGE

Aktuelle Umfragen zur Präsidentschaftswahl

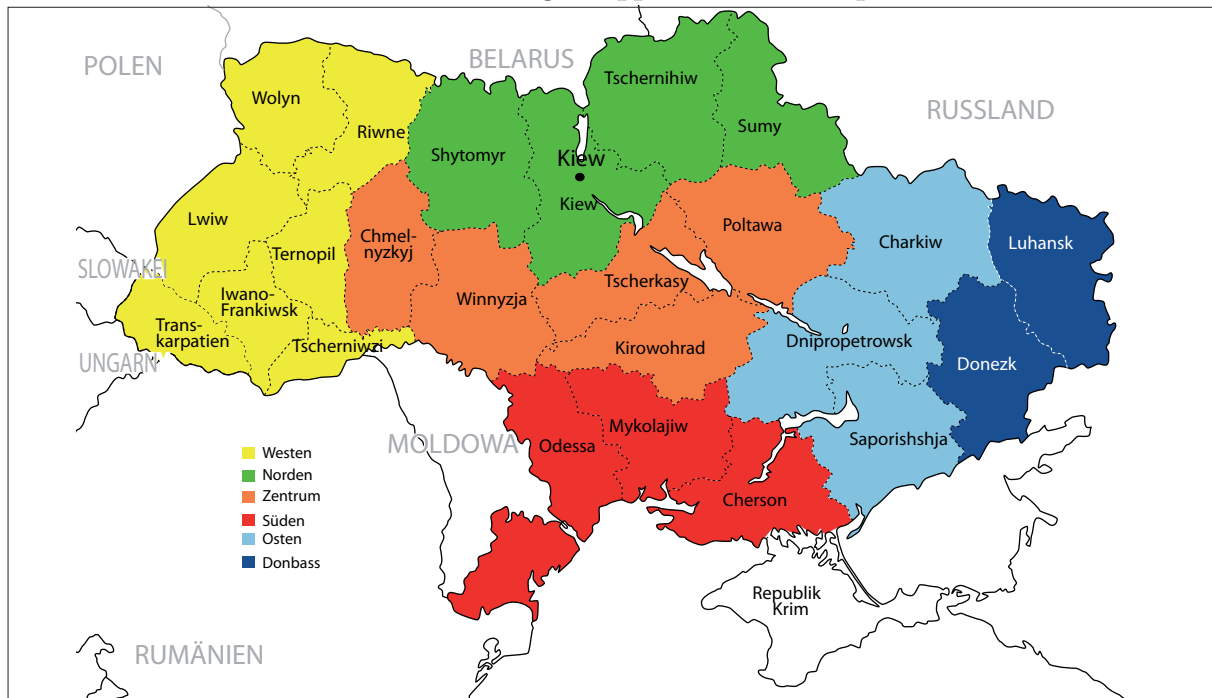
Tabelle 1: Für welchen Kandidaten beabsichtigen Sie bei diesen Wahlen zu stimmen?

	Razumkov-Zentrum (25.04.–29.04.)		Rating-Gruppe (25.04.–30.04.)	
	% aller Befragten	% derjenigen, die zur Wahl gehen wollen und ihre Entscheidung schon getroffen haben	% aller Befragten	% derjenigen, die zur Wahl gehen wollen und ihre Entscheidung schon getroffen haben
Petro Poroschenko	33,3	47,7	34,3	43,4
Julija Tymoschenko	10	14,8	11,1	13,9
Serhij Tihipko	4,9	6,7	5,7	6,7
Anatolij Hryzenko	4	5,6	3,6	4,5
Oleh Ljaschko	3,7	5	3,4	4,2
Petro Simonenko	4,1	4,5	3,1	3,4
Mychajlo Dobkin	3,4	4,2	4,1	4,3
Olha Bohomolez	3	4	1,9	2,3
Oleh Tjahnybok	1,2	1,9	2,2	2,7
Oleh Zarjow*	1,2	1,6	0,9	1
Andrij Hryzenko	1,2	1,5	0,4	0,5
Dmytro Jarosch	0,7	1	0,8	0,9
Natalija Korolewska*	0,5	0,6	0,2	0,1
Renat Kusmin	0,2	0,3	-	-
Jurij Bojko	0,2	0,2	0,1	0
Walerij Konowaljuk	0,1	0,2	-	-
Mykola Malomusch	0,1	0,2	-	-
Wadym Rabinowjtsch	0,1	0,1	-	-
Wasil Kujbida	0	0	-	-
Wasil Zuschko	0	0	-	-
Wolodymyr Saranow	0	0	-	-
Sorjan Schkirjak*	0	0	0,1	0,1
Oleksandr Klimentenko	0	0	0,1	0
Weiß nicht/Schwer zu sagen	17,1	-	13,4	-
Ich werde nicht teilnehmen	11	-	15	-

Anmerkung: * Kandidatur inzwischen zurückgezogen

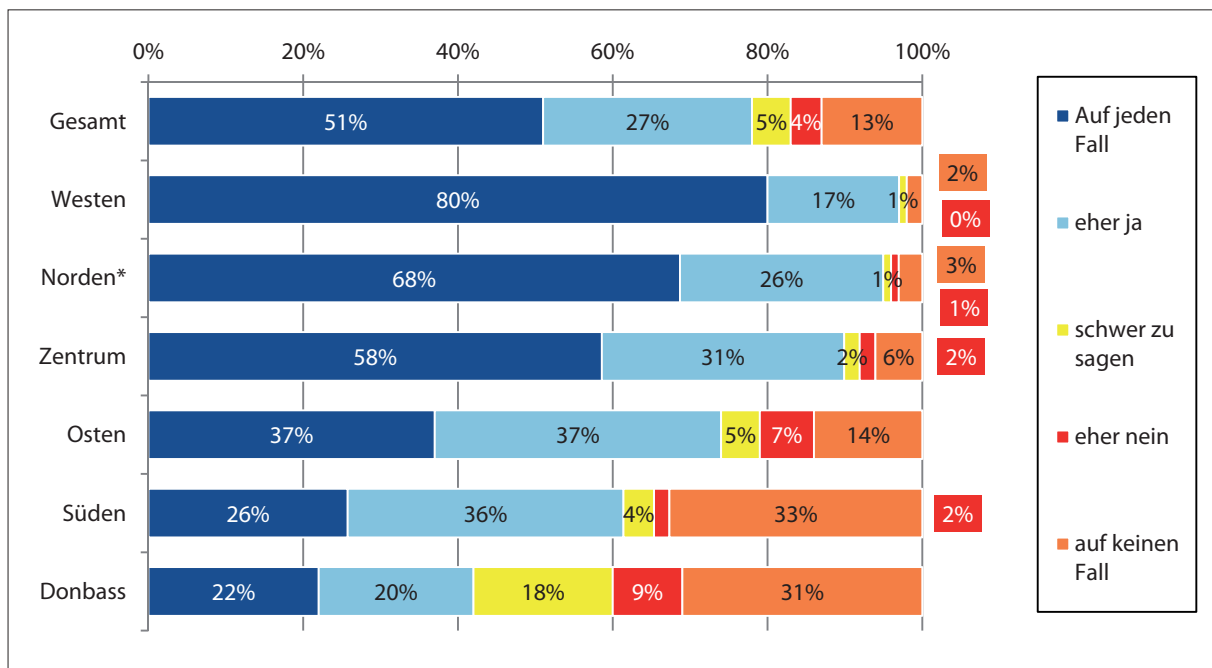
Quelle: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums vom 25.04.–29.04.2014 (<www.razumkov.org.ua/upload/1399382915_file.doc>) und der Rating Gruppe vom 25.04.–30.04.2014 (<<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>)

Grafik 1: Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen für die Umfrage zur Präsidentenwahl von der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014



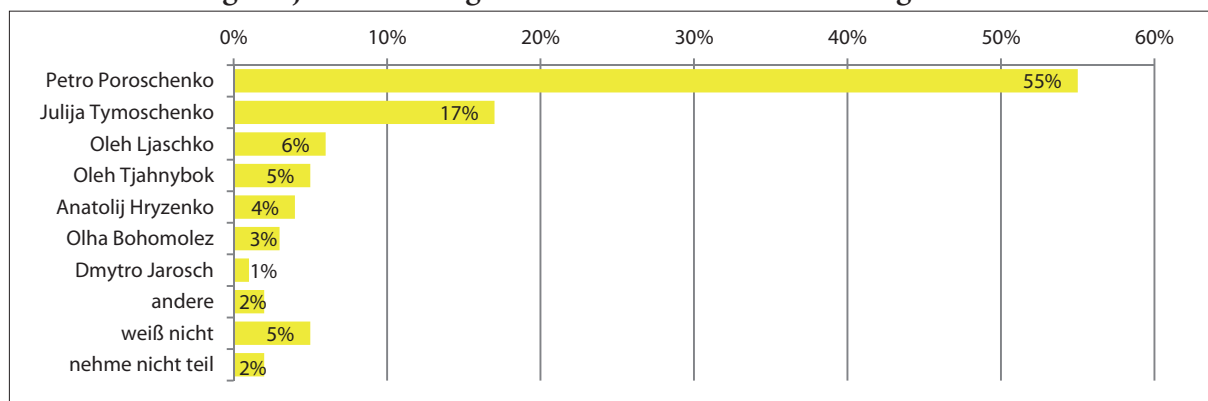
Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>; Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

Grafik 2: Haben Sie vor, an den Präsidentschaftswahlen teilzunehmen?



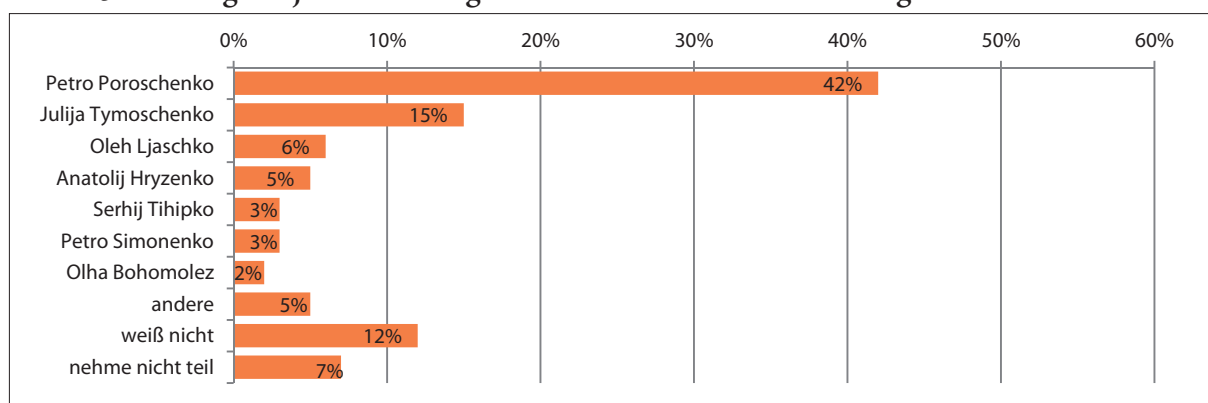
Anmerkung: *Die Oblaste des Nordens werden in den meisten anderen Umfragen zum Zentrum gezählt; zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite.

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

Grafik 3a: Rating der jeweils wichtigsten Kandidaten in den Makroregionen – Westen

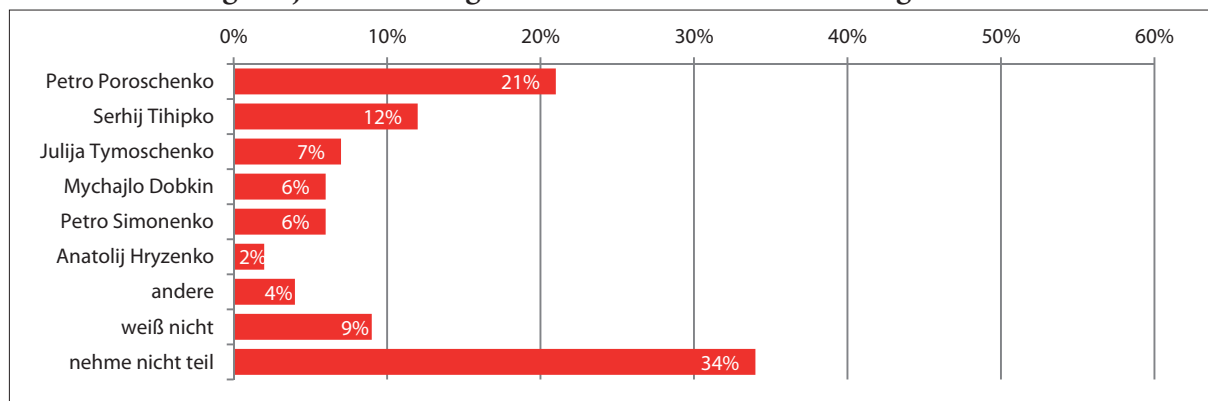
Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 7

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

Grafik 3b: Rating der jeweils wichtigsten Kandidaten in den Makroregionen – Zentrum

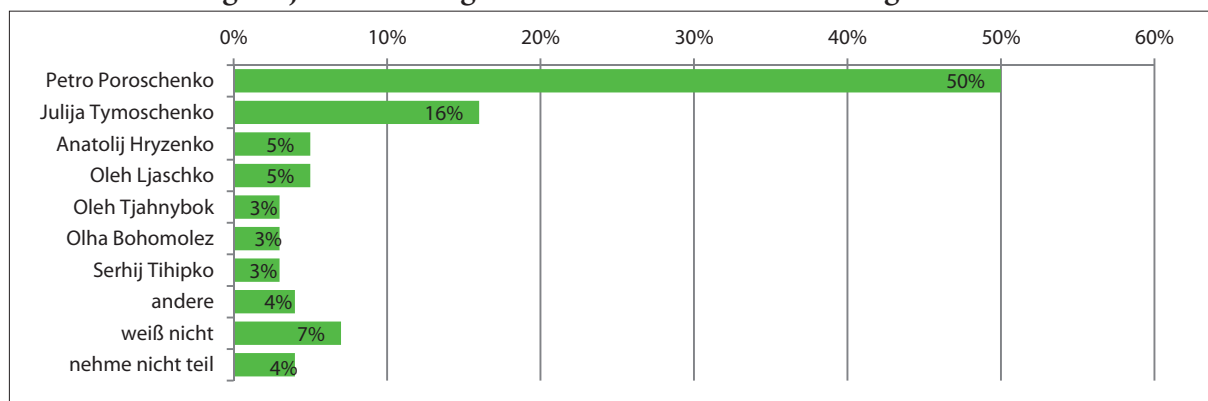
Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 7

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

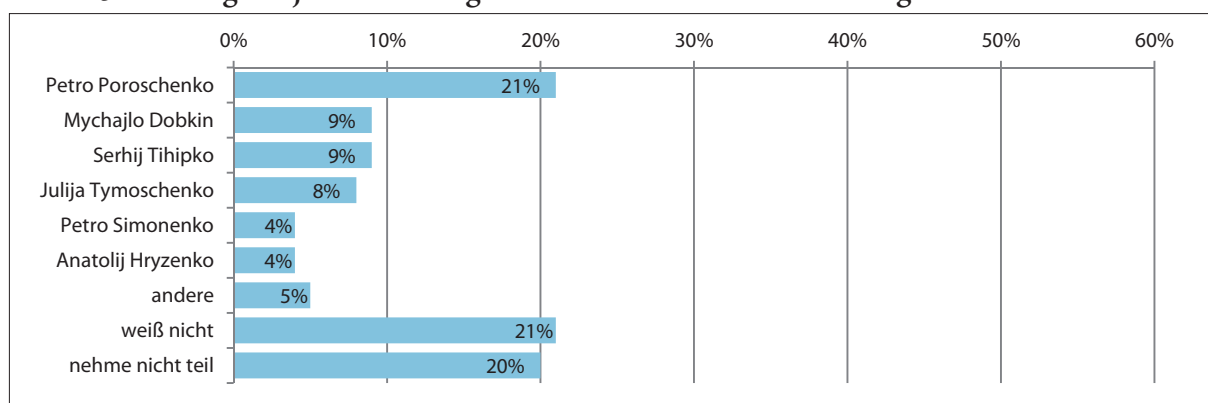
Grafik 3c: Rating der jeweils wichtigsten Kandidaten in den Makroregionen – Süden

Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 7

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

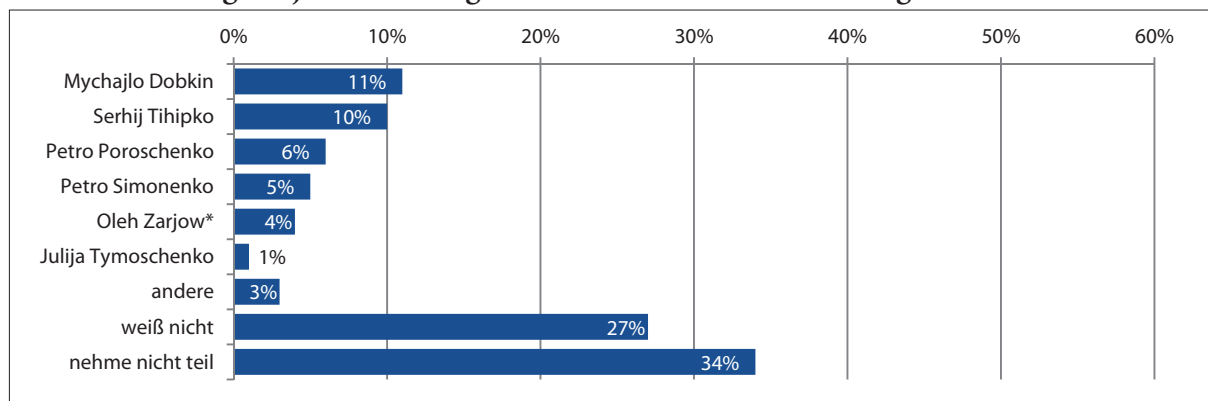
Grafik 3d: Rating der jeweils wichtigsten Kandidaten in den Makroregionen – Norden*

Anmerkung: * Die Regionen des Nordens werden in den meisten anderen Umfragen zum Zentrum gezählt; zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 7. Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

Grafik 3e: Rating der jeweils wichtigsten Kandidaten in den Makroregionen – Osten

Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 7

Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

Grafik 3f: Rating der jeweils wichtigsten Kandidaten in den Makroregionen – Donbass

Anmerkung: * Kandidatur inzwischen zurückgezogen; zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf S. 7. Quelle: Repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 25.–30. April 2014, <<http://www.ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14093/>>

Aktuelle Wahlrends zur Kiewer Bürgermeister- und Stadtratswahl

Tabelle 1: Wenn am kommenden Sonntag in Kiew Bürgermeisterwahlen stattfinden würden und die Liste wie folgt wäre – für welchen Kandidaten würden Sie stimmen?

	% aller Befragten	% derjenigen, die an der Wahl teilnehmen wollen	% derjenigen, die bereits eine Wahlentscheidung getroffen haben
Witalij Klitschko (UDAR)	34,8	39,9	52,5
Wolodymyr Bondarenko (Vaterland)	7,6	8	10,5
Mykola Katerintschuk (Europäische Partei der Ukraine)	5,8	7,1	9,4
Andrij Illenko (Freiheit)	3	3,2	4,2
Lesja Orobets (Demokratische Allianz)	2,9	3,1	4,1
Oleksandra Kuschel (NGO »Widerstand der Bürger«)	2,4	2,8	3,7
Igor Luzenko (Aktivistengruppe »Öffentlicher Sektor Euromaidan«)	1,5	1,8	2,4
Wjatscheslaw Kirilenko (Für die Ukraine!)	1,4	1,5	1,9
Wiktor Pilipishin (NGO »Kiewer zuerst!«)	1,2	1,4	1,9
Igor Nasalik (Radikale Partei von Oleg Ljaschko)	1,3	1,3	1,8
Andrij Tarasenko (Rechter Sektor)	1,5	1,3	1,7
Tetjana Montjan (NGO »Effektive Eigentümer«)	0,6	0,8	1,1
Oleksandr Komnatskij (Kommunistische Partei der Ukraine)	0,6	0,7	0,9
Ivan Salij (Versammlung der Kiewer Kommunen)	0,5	0,6	0,8
Serhij Pojarkow (Automaidan)	0,3	0,3	0,4
Andere	1,7	2,1	2,8
Unterstütze keine/n der KandidatInnen (gegen alle)	7,2	7,3	-
Würde nicht teilnehmen	7,4	-	-
Schwer zu sagen	18,2	16,6	-

Anmerkung: in Klammern stehen die jeweiligen Parteichefs; Quelle: Repräsentative Umfrage der Razumkov-Zentrums in Kiew vom 11.–17. April 2014, <www.razumkov.org.ua/upload/1398497765_file.doc>

Tabelle 2: Wenn am kommenden Sonntag in Kiew Stadtratswahlen stattfinden und folgende Parteien zur Wahl stehen würden – welche würden Sie wählen?

	% aller Befragten	% derjenigen, die an der Wahl teilnehmen wollen	% derjenigen, die bereits eine Wahlentscheidung getroffen haben
Partei »UDAR Witalij Klitschkos« (W. Klitschko, W. Kowaltschuk)	29,2	33,1	42,1
Partei »Vaterland« (Ju. Tymoschenko, A. Jazenjuk)	12,1	12,1	15,4
Gesamtkrainische Vereinigung »Freiheit« (O. Tjahnybok, A. Illenko)	6,2	7,6	9,7
Partei »Solidarität« (P. Poroschenko)	5,6	6,4	8,2
»Europäische Partei« (M. Kateryntschuk)	4	5	6,4
Radikale Partei von Oleh Ljaschko (O. Ljaschko)	2,7	3	3,8
Partei »Bürgerliche Position« (A. Hryzenko)	2,2	2,4	3,1
»Rechter Sektor« (D. Jarosch)	2	2,2	2,8
Partei der Regionen (B. Kolesnikow)	1	1,3	1,6
Kommunistische Partei der Ukraine (P. Simonenko)	1	1,2	1,5
Partei »Kiewer zuerst!« (W. Pilipischin)	0,9	1,2	1,5
Partei »Demokratische Allianz« (O. Orobez, W. Hazko)	0,9	1	1,3
Ukrainische Partei »Einigkeit« (O. Omeltschenko)	0,7	0,9	1,1
Partei »Selbsthilfe« (A. Sadovyj)	0,2	0,3	0,3
Partei »Soziale Gerechtigkeit« (A. Schlapak, O. Dowgyj)	0	0	0
Andere	0,8	1	1,3
Unterstütze keine Partei (gegen alle)	7,1	7,6	–
Würde nicht teilnehmen	8,6	–	–
Schwer zu sagen	14,9	13,7	–

Anmerkung: in Klammern stehen die jeweiligen Parteichefs; Quelle: Repräsentative Umfrage der Razumkov-Zentrums in Kiew vom 11.–17. April 2014, <www.razumkov.org.ua/upload/1398497765_file.doc>

Föderalisierung versus Bosnisierung – Russlands Ukraine-Strategie

Von Stefan Meister, Berlin

Zusammenfassung:

Russlands Provokationen in der Ostukraine und die Präsenz russischer Truppen an der östlichen Grenze der Ukraine zielen darauf, die ukrainische Übergangsregierung zu destabilisieren, die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai zu verhindern und die eigene Verhandlungsposition über den zukünftigen Status der Ukraine gegenüber der EU und den Vereinigten Staaten zu verbessern. Dabei ist das vorrangige Ziel Russlands nicht die Annexion des Ostens der Ukraine, sondern die EU und die USA dazu zu bringen, die begrenzte Souveränität der Ukraine als Teil der russischen Einflussosphäre anzuerkennen. Die Ostukraine zu annektieren, wäre für Russland mit hohen wirtschaftlichen und politischen Kosten verbunden, jeder Versuch, weiteres ukrainisches Territorium zu kontrollieren, würde zu Widerstand in der ukrainischen Gesellschaft führen und die Bereitschaft der EU-Mitgliedsstaaten erhöhen, härtere ökonomische Sanktionen gegen Russland zu erlassen. Für die russische Führung gibt es letztlich nur zwei Optionen für die Zukunft der Ukraine: Föderalisierung oder Bosnisierung.

Föderalisierung und nicht Dezentralisierung

Die erste Variante soll über wachsenden Druck aus den östlichen und südlichen Regionen auf die ukrainische Übergangsregierung im Rahmen einer weiteren Destabilisierung durch »prorussische Separatisten« erreicht werden. Die russische Führung möchte die zukünftige Verfassung der Ukraine mitbestimmen und der Ukraine eine »föderale Struktur« als einzige Lösung für den Zusammenhalt des Staates aufzwingen. Das Referendum im Donbass vom 11. Mai soll zeigen, dass es ohne Gespräche mit den Separatisten und damit deren Anerkennung durch die ukrainische Führung keine Lösung des Konfliktes geben wird. Die Konsequenz einer weiteren Eskalation der Situation und Sprachlosigkeit zwischen Kiew und Donezk könnte zu einer Abspaltung der Region führen. Damit wird auch das Signal ausgesandt, dass eine Föderalisierung, wie von Moskau gefordert, inzwischen die beste Variante für die zukünftige staatliche Organisation der Ukraine ist und nur diese Schlimmeres verhindern kann.

Die Föderalisierung soll den Regionen mehr Autonomie gegenüber der Zentralregierung geben und es Russland ermöglichen, über die Regionen Einfluss auf die gesamtstaatliche Politik zu erlangen. In einer Stellungnahme des russischen Außenministeriums vom 17.03.2014 ist bisher am umfassendsten beschrieben worden, wie eine solche Föderalisierung aussehen kann. Dem von Russland bevorzugten Modell liegt das deutsche föderale System zu Grunde: Vorgesehen ist ein Zwei-Kammer-System mit einer starken zweiten Kammer, in der die Regionen Einfluss auf die nationale Agenda ausüben können. Dabei geht es nicht um eine Dezentralisierung des Staates durch die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, wie das von der EU und der Venedig-Kommission des Europarates seit Jahren gefor-

dert wird, sondern um eine Übertragung des zentralistischen Systems auf die einzelnen Regionen. Zentralisierte Strukturen sind mit dem russischen Modell besser kompatibel und erleichtern die Einflussnahme von außen auf die zukünftigen Entscheidungen in den Regionen.

Laut diesem Konzept soll die ukrainische Bevölkerung in den Regionen direkt die Legislative und Exekutive wählen können und deren politische Führung die Oberhoheit über kulturelle, wirtschaftliche, soziale und bildungspolitische Fragen haben. Wie kleine Fürsten könnten die Regionalgouverneure dann die Politik in den Regionen dominieren und hätten gleichzeitig hohe Einflussrechte im Gesamtstaat. Das könnte bis zu eigenständigen Verträgen in der Außen- und Wirtschaftspolitik gehen und ermöglicht eine Anbindung der östlichen Regionen an Russland ohne direkte politische und wirtschaftliche Verantwortung. Russland will sicherstellen, dass die ukrainische Regierung und der Präsident geschwächt werden. Das würde Moskau ermöglichen, auf politische Entscheidungen der Zentralregierung über die ost- und südukrainischen Regionen Einfluss auszuüben, welche aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung für das Land eine wichtige Rolle in der Politik des Gesamtstaates spielen werden.

Bosnisierung als Destabilisierung

Die zweite Variante einer Bosnisierung würde dann greifen, wenn die ukrainische Führung einer Föderalisierung nicht zustimmt. Damit verbunden wäre eine weitere Destabilisierung der Ukraine und weiterer Kontrollverlust der Zentralregierung über die östlichen und südöstlichen Regionen über breiter angelegte Provokationen. Europäische Regierungsvertreter täuschen sich, wenn sie glauben, dass Russland an der Stabilisierung der Ukraine interessiert ist. Wie

es der russischen Führung nahestehende Provokateur Wjatscheslaw Nikonow in einem Gespräch in Moskau auf den Punkt bringt: »Lieber eine kaputte Ukraine, als eine europäische Ukraine.« Die aktuelle russische Strategie ist die kontrollierte Destabilisierung der Ukraine. Russland versucht, die Legitimität der Regierung in Kiew zu untergraben, indem es die östlichen Landesteile weiter destabilisiert. Die Besetzungen öffentlicher Gebäude in den östlichen sowie südlichen Regionen durch sogenannte prorussische Separatisten dienen dazu, die Unfähigkeit der Zentralregierung für die Sicherheit im Land zu sorgen, zu untermauern. Auch wenn Russland nicht alle Aktionen der prorussischen Kräfte kontrolliert, so nimmt es doch die weitere Eskalation der Situation in Kauf.

Föderalisierung wäre aus russischer Sicht eine Strategie zur Stabilisierung eines schwachen ukrainischen Staates, der außenpolitisch nur über die Zustimmung der Regionen handlungsfähig wäre. Trotzdem würde dieser Staat im Rahmen einer föderalen Struktur funktionieren und damit als souveräne Ukraine erhalten bleiben. Bosnisierung meint dagegen die Ukraine als gescheiterter Staat, in dem sich insbesondere die östlichen Regionen abspalten werden und als eigenständige Gebilde weiterexistieren oder versuchen, sich in die russische Föderation zu integrieren. Diese Strategie wäre die Fortsetzung der Destabilisierungsstrategie, indem diese zu einem Dauerzustand für die Ukraine wird. Das heißt, Bosnisierung als dauerhafter Kontrollverlust des Gesamtstaates über bestimmte Regionen und Landesteile und die Ukraine als handlungsunfähiger Staat, der von außen leicht zu beeinflussen ist. Die aktuelle Strategie der Destabilisierung dient dazu, die Föderalisierung zu erreichen.

Gleichzeitig hat Russland nicht das Ziel, die östlichen Gebiete ähnlich wie die Krim zu annektieren, da sie aufgrund ihrer territorialen Größe und höheren Bevölkerungszahlen viel schwerer zu kontrollieren wären und die Kosten für eine Integration für den russischen Staatshaushalt enorm wären. Hinzu kommt ein größerer Widerstand in der Gesellschaft dieser Regionen bei der Frage nach einem Verbleib in der Ukraine, was zu Konflikten bei der Integration in die Russische Föderation führen würde. In repräsentativen Umfragen der International Foundation for Electoral Systems und des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie haben Mitte April im Donezker Gebiet 27,5 % und im Luhansker Gebiet 30,3 % für einen Beitritt zu Russland gestimmt. Knapp 70 % in den sechs südöstlichen Regionen unterstützen die Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine (siehe auch die Seiten 17–20 mit Umfragen zu separatistischen Tendenzen in der Bevölkerung).

Verhinderung der Wahlen am 25. Mai

Für Moskau sind im Moment die Voraussetzungen nicht erfüllt, unter denen erfolgreiche Präsidentschaftswahlen am 25. Mai durchgeführt werden können. Solange kein pro-russischer Kandidat Aussicht auf einen Sieg bei den vorgezogenen Wahlen hat und keine Verfassungsreform im Sinne des Föderalisierungsansatzes stattfindet, wird Moskau versuchen diese Wahlen zu verhindern. Falls sie doch stattfinden sollten, werden Bedingungen geschaffen, die es vereinfachen, die Wahl nicht anzuerkennen. Der Verlust der Kontrolle über die Sicherheitskräfte in der Ostukraine durch die Regierung in Kiew, die Ausweitung der Aktivitäten sogenannter Separatisten sowie die Entführung von OSZE-Beobachtern dienen dazu, diese Wahl zu verhindern. Die Botschaft lautet: Das was den entführten und inzwischen wieder freigelassenen OSZE-Beobachtern passiert ist, kann jedem Wahlbeobachter zustoßen. Kiew ist nicht dazu in der Lage, ihre Sicherheit im Osten des Landes zu garantieren. Damit wird es immer unwahrscheinlicher, dass die Präsidentschaftswahl in allen Landesteilen durchgeführt werden kann. Falls sie jedoch in den östlichen Landesteilen nicht stattfindet, wird die Legitimität der gesamten Wahl untergraben. Gerade in den östlichen Landesteilen ist die Zustimmung für die ukrainische Übergangsregierung besonders gering, deshalb ist es umso wichtiger, dass hier die Wahlen stattfinden. Die ukrainische Führung hat bereits darauf reagiert, indem sie das Wahlgesetz kürzlich so verändert hat, dass Ergebnisse gültig sind, obwohl in einigen Bezirken keine Wahl stattgefunden hat.

Andere Instrumente zur Destabilisierung der ukrainischen Führung sind die Erhöhung des Gaspreises für die Ukraine durch Gazprom von 268,5 US-Dollar pro 1000 m³ im ersten Quartal 2014 auf 485 US-Dollar pro 1000 m³ ab 1. April. Damit verbunden ist die Forderung Moskaus an die Ukraine, sämtliche Energierechnungen und Kredite zurückzuzahlen, die sich laut russischer Berechnung auf 16 Milliarden US-Dollar belaufen. Ebenso sollen Gaslieferungen nur noch nach Vorkasse durch die ukrainische Seite erfolgen. Weiterhin übt Russland Druck auf die ukrainischen Oligarchen aus, die die ukrainische Übergangsregierung unterstützen. Insbesondere der Präsidentschaftskandidat Petro Poroschenko steht unter ökonomischem Druck, da die Konten seiner Firma Roschen auf russischen Banken eingefroren worden sind. Seit Juli 2013 kann Roschen keine Produkte mehr an seinen wichtigen russischen Markt liefern. Aufgrund fehlender Möglichkeiten einen eigenen Kandidaten in die Präsidentschaftswahl zu schicken, hat sich Moskau dafür entschieden, diese zu verhindern bzw. falls das nicht möglich ist, sie zumindest nicht in den östlichen Regionen durchführen zu lassen.

Funktion der Ukrainekrise nach innen

Nachdem sich Putin in seiner dritten Amtszeit gegen eine wirtschaftliche Modernisierung Russlands entschieden hat, sind Patriotismus und Nationalismus zu wichtigen Instrumenten geworden, um seinen politischen Kurs trotz der schwachen wirtschaftlichen Leistung zu legitimieren. Moskaus Propagandamaschinerie hat dazu beigetragen, dass Putins Beliebtheit laut Umfragen des Lewada-Zentrums auf über 80 Prozent angestiegen ist. Die Annexion der Krim als historischer Teil Russlands und die Demonstration von Stärke gegenüber internationaler Kritik an diesem Völkerrechtsbruch haben einen wichtigen Anteil an diesem Stimmungsumschwung. Waren die nationalistischen Kräfte in Russland bis Ende 2013 gegen das aus ihrer Sicht korrupte und verwestlichte System Putin gerichtet, so hat die Annexion der Krim und die Isolation vom »Westen« dazu beigetragen, diese Gruppen auf seine Seite zu ziehen. Jeglicher Kompromiss mit der EU und den USA über die Ukraine würde von den Nationalisten als Schwäche bewertet. Die Sanktionen haben Putin in der Öffentlichkeit eher gestärkt, die anti-ukrainische Medienkampagne gegen die »Junta« in Kiew erreicht ihr Ziel in Russland und auch Teilen der Ostukraine. Über die offizielle Propaganda wird verbreitet, dass die Sanktionen, ebenso wie die zunehmende Isolation Russlands, die Entwicklung einer nationalen Industrie fördern werden. 68 Prozent der Russen schenken im März dieser wenig realistischen offiziellen Linie in einer Umfrage des Lewada-Zentrums Glauben.

Putins Anti-Modernisierungskurs sowie Enteuropäisierung und Entwestlichung findet wachsende Unterstützung in der Bevölkerung. Die russische Gesellschaft zeigt sich zunehmend skeptisch gegenüber demokratischen Institutionen und lehnt in einer großen Mehrheit liberale Positionen gegenüber sexuellen Minderheiten ab. Insbesondere der antiliberaler Konsens in der russischen Gesellschaft – geschürt von einer zunehmend russisch-nationalistischen Propaganda bis hin zu einer Förderung der panslawischen Idee – dient kurzfristig der Unterstützung des Regimes, wird aber mittelfristig zu gefährlichen Konflikten im Vielvölkerstaat führen. Eine grundlegende Hinwendung zu einer patriotischen Kultur- und Bildungspolitik soll diesen Wandel dauerhaft befördern. Diese basiert auf einer Glorifizierung der Erfolge der Sowjetunion und wird gleichzeitig mit russischen Ethnonationalismus unterfüttert. Wie damit der russländischen Realität eines Vielvölkerstaates mit knapp 20 Prozent nicht-russischer Ethnien Rechnung getragen werden kann, bleibt eine offene Frage. Dabei gewinnt die Ukraine als slawischer Staat eine noch größere Bedeutung für russische Integrationsprojekte wie die Eurasische Union: Über die Beteiligung

der Ukraine in einer solchen Union kann eine Brücke zwischen dem imperialen Integrationsprojekt und der nationalistischen Rhetorik gefunden werden. Ohne die Ukraine würde mit dem Beitritt zentralasiatischer und kaukasischer Staaten zur Eurasischen Union der Anteil der Slawen immer weiter abnehmen.

Verstärkung der Repressionsmaßnahmen unter dem Deckmantel der Ukrainekrise

Der derzeitige Stand der öffentlichen Meinung in Russland ist das Ergebnis eines gesteuerten Prozesses. Seit seiner Wiederwahl im Jahr 2012 hat Putin das Fundament für eine Konfrontation mit der EU und den USA gelegt. Dies war auch eine Lehre aus den Massendemonstrationen in großen russischen Städten gegen das korrupte politische System 2011/2012 und die Rückkehr Putins ins Präsidentenamt. Die russische Führung hat den westlichen Einfluss durch das NGO-Gesetz von 2012, das Nichtregierungsorganisationen dazu verpflichtete, sich als »ausländische Agenten« zu registrieren, untergraben. Momentan unternimmt die russische Regierung Schritte, um die verbliebenen kritischen Stimmen zum Schweigen zu bringen. Unter dem Deckmantel der Ukraine-Krise hat Putin die Repressionsmaßnahmen in Russland verstärken lassen. Indem er jegliche Kritik an seinem Ukrainekurs, sei es die Annexion der Krim, die differenziertere Darstellung der ukrainischen Übergangsregierung oder Kritik an den ökonomischen Folgen der Selbstisolation in Folge des Konfliktes als unpatriotisch interpretiert, werden alternative Stimmen stigmatisiert und die Schließung von Medien und NGOs gerechtfertigt. Unabhängige Institutionen wie das Lewada-Meinungsforschungsinstitut stehen unter massiven Angriffen der Regierung und werden z. B. regelmäßigen und aufwändigen Steuerprüfungen unterzogen. Gleichzeitig wird NGOs zunehmend die ausländische Finanzierung abgegraben. Eine zweite Welle von Gerichtsverfahren wurde gegenüber die Anführer der Demonstrationen auf dem Bolotnaja-Platz von 2012 begonnen. Diese Strategie zielt nicht nur auf Einschüchterung ab, sondern auch darauf, all jene, die sich gegen die Politik der Regierung stellen, als anti-russisch oder »ausländische Agenten« zu brandmarken. All diese Maßnahmen haben ein Klima von Denunziation, Angst und unkritischem Patriotismus geschaffen. Was wir in Russland gerade beobachten, ist damit nicht nur ein Richtungswechsel in der russischen Außenpolitik durch den Bruch internationaler Regeln und des Völkerrechts, sondern auch ein neuer Auftrieb für Repression im Inneren. Damit scheint die russische Führung sich tatsächlich auf eine stärkere Abkopplung von der EU vorzubereiten und bei wachsendem Widerstand gegen die öko-

nomischen Folgen der Isolation auch bereit zu sein, repressiver zu antworten.

Die Ukraine ist nicht der einzige Anlass für Putins neue Strategie. Die russische Führung will eine neue internationale Ordnung durchsetzen und neue Regeln in den internationalen Beziehungen einführen. Sie will ihre Vormachtstellung im post-sowjetischen Raum durch einen Deal mit der EU und den USA absichern. Die russische Führung entwickelt mit der Ukraine-Krise einen Präzedenzfall, der demonstrieren soll, dass Russland keine weitere EU- oder NATO-Erweiterung mehr im post-sowjetischen Raum zulassen wird und dazu bereit ist, regionale Konflikte zu nutzen, um post-sowjetische Länder in Abhängigkeit zu halten. Diese Politik fordert nicht nur die Prinzipien der internationalen Ordnung heraus sondern instrumentalisiert den Konflikt mit dem Westen, um die russische Bevölkerung für das System Putin zu mobilisieren. Dabei ist es kurzfristig unerheblich, ob all das aus einer Position der Schwäche Russlands resultiert, die das Scheitern russischer Ukraine-Politik mit der Absetzung von Präsident Janukowytsch im Februar 2014 zutage gebracht hat. Russland verfügt noch immer über genügend Ressourcen, um sich mittelfristig dem Druck und den Sanktionen von USA und EU zu widersetzen und seine Nachbarschaft zu destabilisieren.

Das Scheitern der EU-Nachbarschaftspolitik

In den letzten 20 Jahren ist es der EU nicht gelungen, ihre post-sowjetische Nachbarschaft wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zu integrieren oder gar zu demokratisieren. Sie hat keine Nachbarschaftspolitik entwickelt, die auf die geopolitische und strukturelle Realität in ihrer östlichen Partnerschaft reagierte, sondern vor allem darauf basierte, was innerhalb der EU möglich ist. Der Vilnius-Gipfel ist in einem geopolitisch leeren Raum vorbereitet worden, ohne die Interessen der ukrainischen Eliten zu beachten sowie die Bedeutung des Landes für Russland und dessen Einflussmöglichkeiten auf die Ukraine zu berücksichtigen. Nicht Wiktor Janukowytsch und sein Umfeld wären die Modernisierungspartner der EU gewesen, sondern die wachsende Zivilgesellschaft und alternative Eliten. Die EU hat es verpasst, zu einem Zeitpunkt, als Russland für Kooperation und Integration aufgeschlossener war, die östliche Nachbarschaft zu integrieren und normativ zu verändern. Europa hat die sich vertiefende Kluft zwischen Gesellschaft und Macht in den Ländern der Region ignoriert. Gleichzeitig haben NATO und EU die Sicherheitsbedürfnisse Russlands ignoriert und zu wenig für mehr Kompatibilität gemeinsamer Wirtschafts- und Politikräume getan, als das mit Moskau noch möglich war.

Momentan sind weder die EU noch die USA auf einen Konflikt mit Russland vorbereitet. Beide haben unterschiedliche ökonomische Interessen und ein anderes geopolitisches Verhältnis zu Russland. Viele EU-Mitgliedstaaten pflegen enge wirtschaftliche Beziehungen zu Russland, während die USA sich nur begrenzt wirtschaftlich und politisch für den post-sowjetischen Raum interessieren und gerade dabei sind, ihren Fokus von Europa nach Asien zu verlagern. Weder die USA noch die NATO werden dauerhaft eine Schlüsselrolle in der Lösung des Konflikts einnehmen können, sie werden eher zu einer Verhärtung der russischen Position beitragen. Gleichzeitig sind sie wichtig als Feindbilder für Russland und dienen damit der Legitimation des Systems Putin. In dieser Situation bleibt sowohl der EU als auch den USA nichts anderes übrig, als sich mit Russland an einen Tisch zu setzen und über die Zukunft der Ukraine (nur unter Einbeziehung Kiews) zu verhandeln. Die EU ist Russlands wichtigster Handelspartner und der Hauptabnehmer für Öl und Gas und verfügt daher über Mittel, um die russische Wirtschaft zu beeinflussen. Putin braucht die EU und die USA, um sein Ziel einer begrenzten Souveränität für die Ukraine durchzusetzen. Nur wenn der »Westen« gleichzeitig als Gegner und als Partner auftritt, indem er einerseits Sanktionen gegen Russland erlässt und andererseits Russlands Rolle im post-sowjetischen Raum anerkennt, kann Putins Strategie aufgehen.

Wenn die EU der Herausforderung, die Russland ihr stellt, nicht begegnet, wird sie nicht nur in ihrer Nachbarschaftspolitik scheitern sondern auch als außenpolitischer Akteur. Unabhängig von der eigenen wirtschaftlichen und institutionellen Krise müssen die EU-Mitgliedstaaten begreifen, dass es sich um eine für sie äußerst kritische Situation handelt, auf die sie angemessen reagieren müssen. Die Ukraine, ein Nachbarstaat mit 45 Millionen Einwohnern, kämpft um ihr territoriales Überleben als Staat. In der Konsequenz muss die EU mehr investieren, um eine funktionierende Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Fähigkeiten zur Verteidigung und Konfliktlösung verbessern. EU-Mitgliedsstaaten sollten weniger in einen NATO-Raketenschild investieren, der sicherheitspolitisch für sie wenig Sinn macht, als vielmehr in den Ausbau der eigenen Verteidigungsfähigkeit, die insbesondere stabilisierende Einsätze in Krisenregionen unter EU-Mandat ermöglichen. Die östliche und südliche Nachbarschaft zeichnen sich durch ein hohes Konfliktpotential aus, in denen die EU bei einer Eskalation schneller einsatzfähig sein sollte. Dabei werden die Mitgliedsstaaten nicht umhin kommen, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen und mehr Synergien durch Kooperationen untereinander zu schaffen.

Wenn die EU nicht für ihre Normen einsteht, wird Russland seine eigenen diktieren

Das Ziel der EU sollte es sein, eine neue Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zu entwickeln, die post-sowjetische Staaten in eine neue Sicherheitsarchitektur einbindet. In diesem Rahmen sollten die Rollen der Ukraine und Russlands diskutiert werden, ebenso wie die Sicherheit anderer post-sowjetischer Länder und Wege, um Konflikte im post-sowjetischen Raum zu lösen. Das könnte einen Neustart der OSZE als Organisation kollektiver Sicherheit bedeuten – eine Funktion, die sie in den letzten 20 Jahren verloren hat. Sie könnte mit mehr Ressourcen ausgestattet werden und Rückhalt erfahren, indem sich alle Parteien entschlossen für Konfliktlösung einsetzen. Dabei muss Russland das Gefühl gegeben werden, dass es sich um eine realistische Initiative handelt, in der mit der russischen Führung über Sicherheitsfragen in Europa auf Augenhöhe gesprochen wird. Russland muss das Gefühl bekommen, dass hier tatsächlich eine relevante Institution geschaffen wird und dass es mit Nichtteilnahme etwas verliert.

Wenn die EU nicht für ihre Normen einsteht, wird Russland seine eigenen setzen. Kollektive Sicherheit im Rahmen internationaler Normen und Standards und damit die Verrechtlichung der Beziehungen mit Russland müssen das Ziel der EU bleiben. Indem die EU Russland als Hauptsicherheitsgaranten im post-sowjetischen Raum und führenden Akteur bei der Stabilisierung und Lösung regionaler Konflikte anerkannt hat, hat sie Russland Instrumente in die Hand gegeben, um die Region zu kontrollieren. Dieses Muster muss durchbrochen werden, indem sich die EU stärker in der gesamten Region engagiert und die Sicherheitsherausforderungen post-sowjetischer Staaten stärker berücksichtigt werden. Die NATO gibt nur ihren Mitgliedern Sicherheitsgarantien und ist damit eine exklusive Organisation. Eine Erweiterung der NATO um post-sowjetische Staaten wird die Konfrontation mit Russland wachsen lassen. Zurzeit bedarf es deshalb eines Instruments kollektiver Sicherheit in Europa, das Russland und die post-sowjetischen Staaten einschließt und gleichzeitig in den Konflikten in der Nachbarschaft auch als sicherheitspolitische Organisation aktiv ist.

Über den Autor:

Dr. Stefan Meister ist Senior Policy Fellow im Berliner Büro des European Council on Foreign Relations. Er arbeitet zu russischer Außen- und Sicherheitspolitik und den Staaten der Östlichen Partnerschaft.

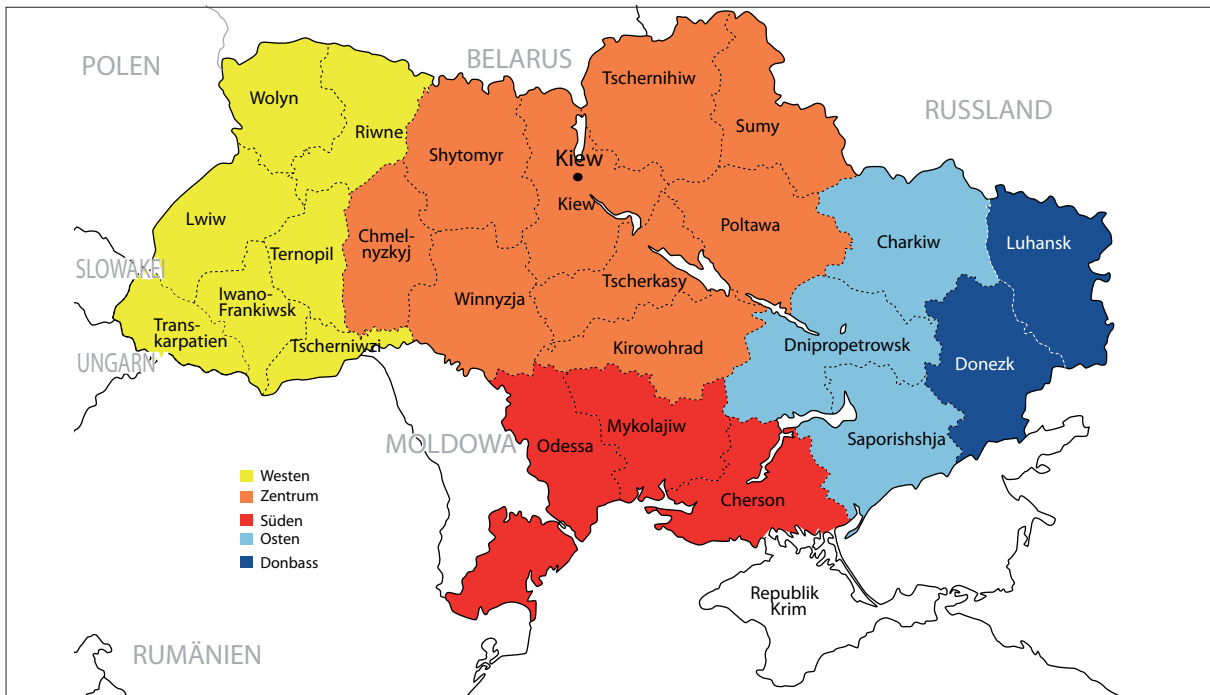
Lesetipps:

- Agata Wierzbowska-Miazga, Marek Menkiszak, Russia to Ukraine: Subversion and diplomacy, in: OSW-Analysis, 8.05.2014, <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-05-08/russia-to-ukraine-subversion-and-diplomacy>>.
- Peter Pomarantsev, How Putin is reinventing warfare, in: Foreign Policy, 5.05.2014, <http://www.foreignpolicy.com/articles/2014/05/05/how_putin_is_reinventing_warfare>.
- James Nixey, Responding to Putin's latest Ruse, Expert Comment, Chatham House, 9.05.2014, <http://www.chathamhouse.org/media/comment/view/199414?dm_i=1TYG,2FZ8Y,BLOM6D,8VXSA,1>.

UMFRAGE

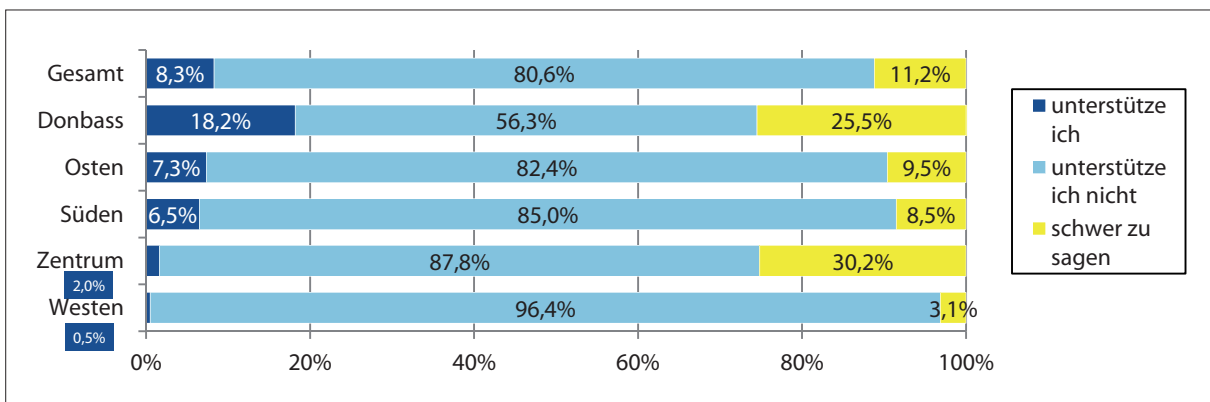
Separatistische Bestrebungen in der ukrainischen Bevölkerung

Grafik 1: Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen für die Umfrage zu separatistischen Bestrebungen in der ukrainischen Bevölkerung des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16. bis zum 30. März 2014



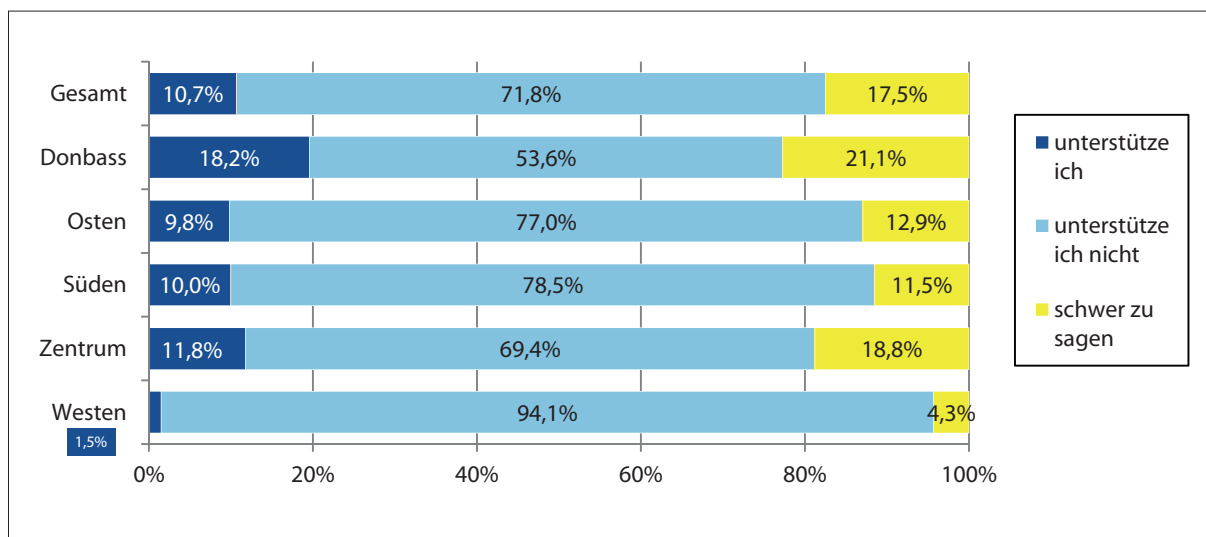
Quelle: Kutscheriw-Zentrum für Demokratische Initiative vom 16. bis zum 30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>; Karte: <<http://english.freemap.jp/blankmap/>>

Grafik 2: Was halten Sie von der Idee der Abspaltung Ihrer Region von der Ukraine und ihres Anschlusses an einen anderen Staat?



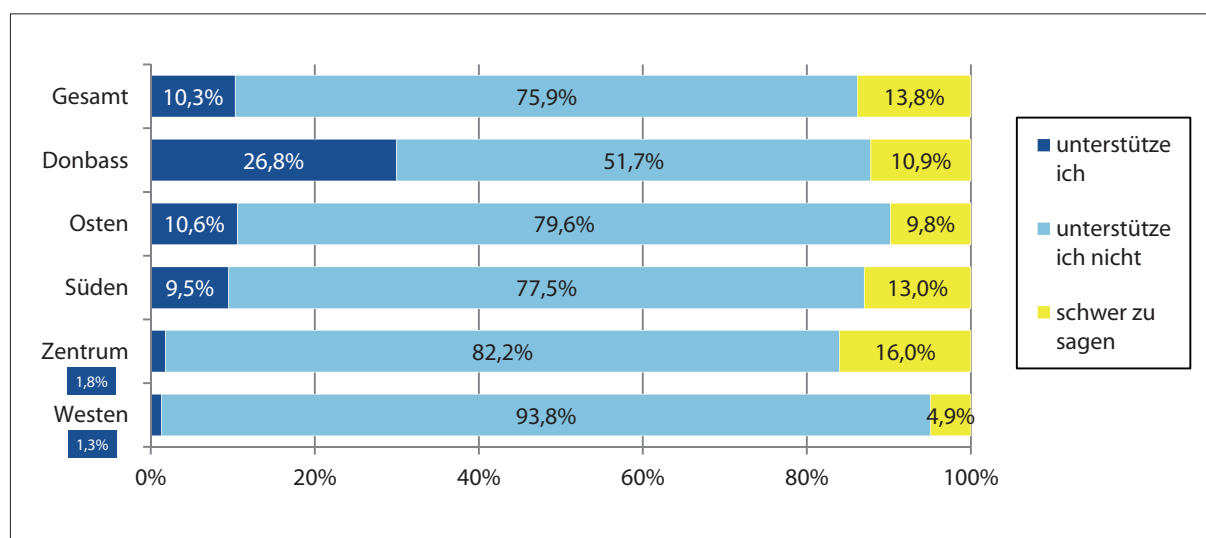
Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite; Quelle: Repräsentative Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16.–30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>

Grafik 3: Was halten Sie von der Idee, einen unabhängigen Staat der südöstlichen Regionen der Ukraine zu schaffen?



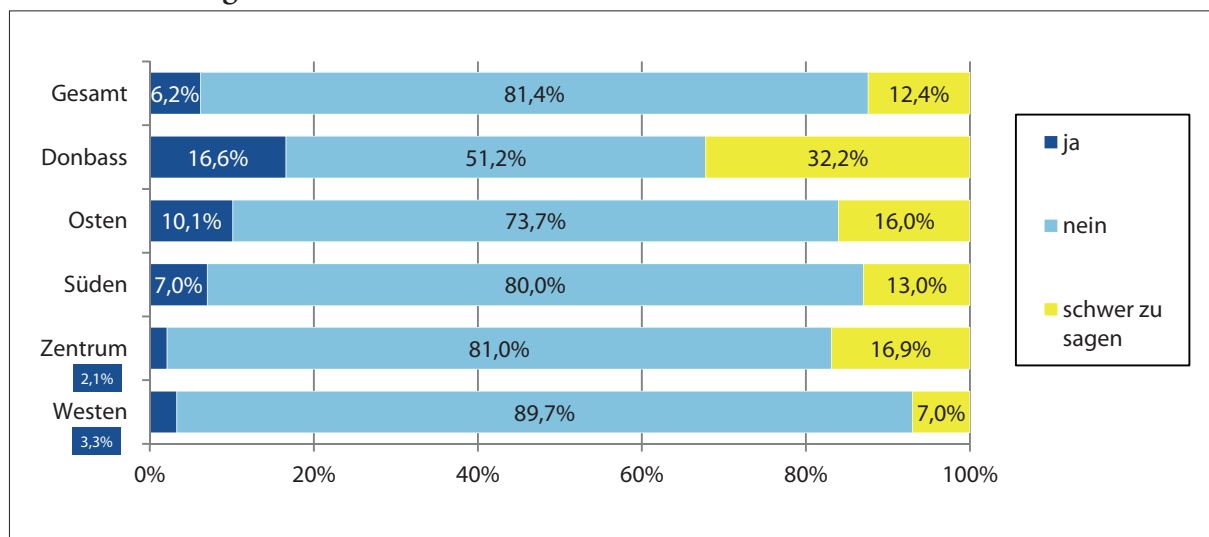
Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite; Quelle: Repräsentative Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16.–30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>

Grafik 4: Was halten Sie von der Idee der Abspaltung der südöstlichen Regionen der Ukraine und ihres Anschlusses an Russland?



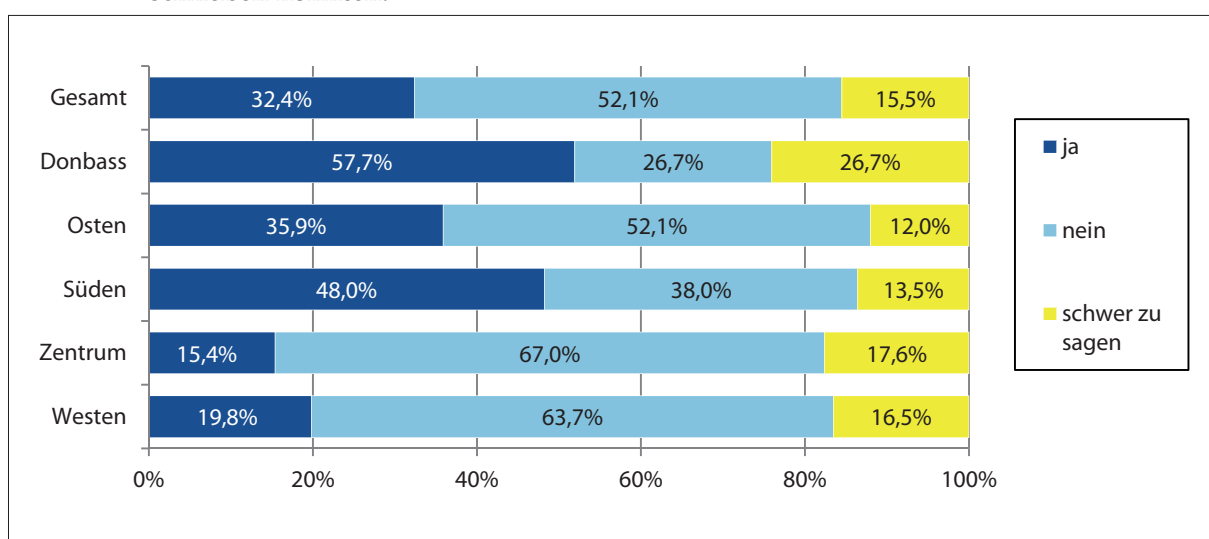
Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite; Quelle: Repräsentative Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16.–30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>

Grafik 5: Möchten Sie, dass Ihre Region aus der Ukraine austritt und einen unabhängigen Staat gründet?

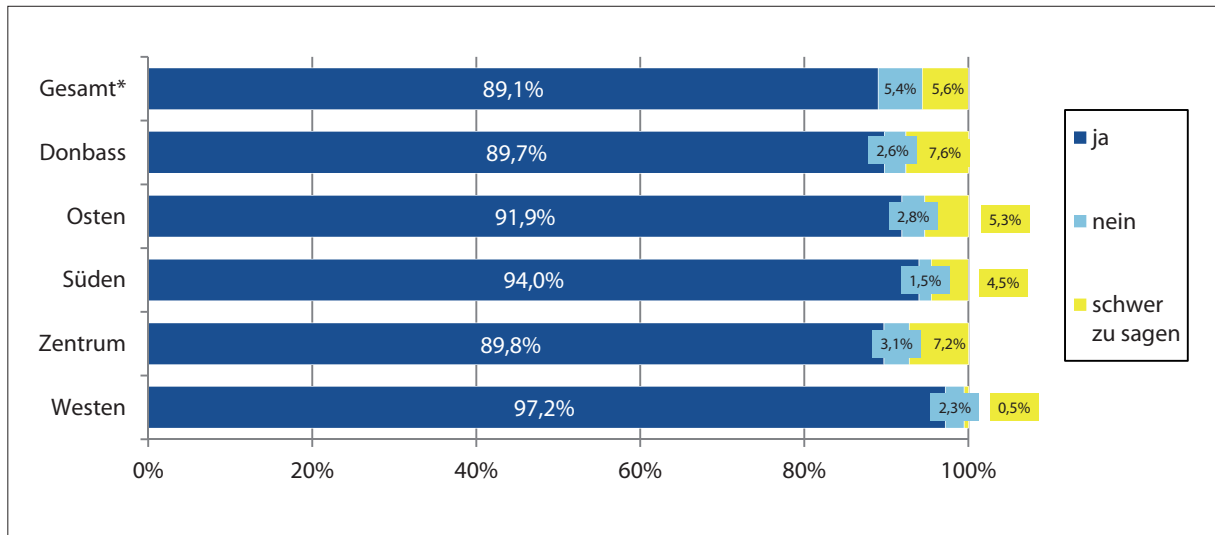


Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite; Quelle: Repräsentative Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16.–30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>

Grafik 6: Existieren Ihrer Meinung nach zwischen den westlichen und den östlichen Regionen der Ukraine so umfassende politische Widersprüche, sprachliche und kulturelle Unterschiede oder wirtschaftliche Ungleichgewichte, dass sie sich auf lange Sicht voneinander trennen werden, eigene Staaten gründen oder sich anderen Staaten anschließen könnten?



Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite; Quelle: Repräsentative Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16.–30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>

Grafik 7: Nehmen Sie die Ukraine als Ihre Heimat wahr?

Anmerkung: zur Zuordnung der Oblaste der Ukraine zu den Makroregionen siehe Grafik 1 auf dieser Seite; Quelle: Repräsentative Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16.–30. März 2014, <http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu_.htm>

Die Genfer Erklärung

Am 17. April 2014 trafen in Genf die Außenminister der USA, der Ukraine und Russlands, John Kerry, Andrij Derschiza und Sergej Lawrow sowie die Hohe Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, zu einem Krisengespräch zusammen. Sie einigten sich auf die unten im Wortlaut abgedruckte Erklärung.

»Das Genfer Treffen zur Situation in der Ukraine hat sich auf erste konkrete Schritte geeinigt, um die Spannungen zu deeskalieren und die Sicherheit für alle Bürger wieder herzustellen. Alle Seiten müssen jegliche Gewaltanwendung, Einschüchterungen und Provokationen unterlassen. Die Teilnehmer verurteilen aufs Schärfste alle Formen von Extremismus, Rassismus und religiöser Intoleranz, einschließlich Antisemitismus.

Alle illegalen bewaffneten Gruppen müssen entwaffnet werden. Alle illegal besetzten Gebäude müssen ihren legitimen Eigentümern zurückgegeben werden. Alle illegal besetzten Straßen, Plätze oder andere öffentliche Flächen in den ukrainischen Städten und Gemeinden müssen geräumt werden.

Demonstranten, die ihre Waffen abgegeben und besetzte Häuser geräumt haben, wird eine Amnestie zugesichert - ausgenommen jenen, die schwerer Verbrechen überführt wurden. Vereinbart wurde zudem, dass die Beobachtermission der OSZE eine führende Rolle bei der Unterstützung der ukrainischen Behörden und Kommunen übernimmt, um diese Schritte zur Deeskalation in den kommenden Tagen dort auszuführen, wo sie am notwendigsten sind. Die USA, die EU und Russland verpflichten sich, diese Mission zu unterstützen, auch mit der Bereitstellung von Beobachtern.

Der angekündigte Verfassungsprozess wird transparent sein und niemanden ausgrenzen. Dazu gehören ein sofortiger, breiter nationaler Dialog, der alle ukrainischen Regionen und politischen Körperschaften erreicht und Möglichkeiten zu öffentlichen Kommentierungen und Verbesserungsvorschlägen eröffnet.

Die Teilnehmer unterstreichen die Wichtigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Ukraine und stehen bereit für weitere Hilfe bei der Umsetzung der oben genannten Schritte.«

(Übersetzung: dpa)

Quelle: <<http://www.tagesschau.de/ausland/genfer-erklaerung100.html>>

Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine

Am 26.04.2014 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen der Erde die folgende Erklärung.

Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, sowie der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission bringen gemeinsam unsere tiefe Sorge über die von Russland unterstützten fortgesetzten Bemühungen von Separatisten zum Ausdruck, den Osten der Ukraine zu destabilisieren, sowie unsere Bereitschaft, weitere Schritte zu unternehmen, um für die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai ein friedliches und stabiles Umfeld zu gewährleisten.

Wir begrüßten die positiven Schritte, die die Ukraine zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach der Genfer Vereinbarung vom 17. April unternommen hat, die von der Ukraine, Russland, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten erzielt wurde. Diese Maßnahmen beinhalten Bemühungen um eine Verfassungsreform und Dezentralisierung, den Vorschlag für ein Amnestiegesetz für diejenigen, die die von ihnen besetzten Gebäude im Osten der Ukraine friedlich räumen, und die Unterstützung der Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Wir nehmen ferner zur Kenntnis, dass die ukrainische Regierung beim Umgang mit bewaffneten Banden, die illegal Regierungsgebäude besetzt und illegale Kontrollstellen errichtet haben, Zurückhaltung übt.

Im Gegensatz dazu hat Russland keine konkreten Maßnahmen zur Unterstützung der Genfer Vereinbarung getroffen. Russland hat die Vereinbarung weder öffentlich unterstützt noch die Handlungen von separatistenfreundlichen Kräften verurteilt, die die Ukraine destabilisieren wollen, noch die bewaffneten militanten Gruppen aufgerufen, die von ihnen besetzten Regierungsgebäude friedlich zu räumen und die Waffen niederzulegen. Stattdessen trägt Russland durch eine zunehmend besorgniserregende Rhetorik und die laufenden bedrohlichen Militärmanöver an der ukrainischen Grenze zu einer weiteren Eskalation der Spannungen bei.

Wir bekräftigen, dass wir Russlands illegalen Versuch, die Krim und Sewastopol zu annektieren, scharf verurteilen; dies erkennen wir nicht an. Wir werden jetzt die rechtlichen und praktischen Konsequenzen dieser illegalen Annektierung vollständig umsetzen, wozu auch die Bereiche Wirtschaft, Handel und Finanzen gehören.

Wir sind jetzt übereingekommen, dass wir zügig vorgehen werden, um zusätzliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Angesichts dessen, dass die Chance für eine erfolgreiche und friedliche demokratische Abstimmung bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im nächsten Monat dringlich gewahrt werden muss, haben wir uns verpflichtet, unverzüglich zu handeln, um gezielte Sanktionen und Maßnahmen mit dem Ziel zu verstärken, den Preis für die Aktionen Russlands zu erhöhen.

Russlands Aktionen in der Ukraine und die Antwort der internationalen Gemeinschaft belasten die russische Wirtschaft bereits erheblich. Während wir uns weiterhin darauf einstellen, zu umfassenderen abgestimmten Sanktionen, darunter sektorbezogene Maßnahmen, sollten die Gegebenheiten dies rechtfertigen, überzugehen, wozu wir uns am 24. März in Den Haag verpflichtet haben, betonen wir zugleich, dass die Tür für eine diplomatische Lösung dieser Krise auf der Grundlage der Genfer Vereinbarung offen bleibt. Wir rufen Russland nachdrücklich auf, diesen Weg mit uns zu beschreiten.

Quelle: <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2014/04/2014-04-26-g7-erklaerung-sanktionen-ukraine.html>>

Die Referenden in Donezk und Luhansk

Von Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Am 11. Mai 2014 haben die selbst-erklärten Volksrepubliken in Donezk und Luhansk Referenden über ihre Unabhängigkeit abgehalten. Der vorliegende Text erläutert die verschiedenen Kritikpunkte an den Referenden, die sich auf Völkerrecht und demokratische Standards beziehen, und gibt eine kurze Einschätzung der Lage.

Einleitung

Die selbst-erklärten Volksrepubliken in Donezk und Luhansk haben am 11. Mai 2014 ein Referendum über ihre Selbständigkeit abgehalten. Bereits am Morgen des Folgetages wurde das Ergebnis verkündet. In Donezk sollen bei einer Beteiligung von 75 % insgesamt 89 % die Selbständigkeit unterstützt haben. In Luhansk soll bei einer Beteiligung von 81 % die Zustimmung sogar bei 96 % gelegen haben. Am 18. Mai 2014 soll ein zweites Referendum stattfinden, das einen Beitritt zur Russischen Föderation vorsieht. Die ukrainische Präsidentschaftswahl, die für den 25. Mai vorgesehen ist, wollen die Separatisten boykottieren. Ein für die Region Charkiw geplantes Referendum wurde von den dortigen Organisatoren abgesagt.

Das erste Referendum

Die »Volksgouverneure« von Donezk und Luhansk, Pawel Gubarew und Waleri Bolotow, hatten die Durchführung der Referenden verfügt und Wahl- sowie Kontrollkommissionen eingesetzt. Für die Sicherheit bei der Durchführung der Referenden sollte die von den Separatisten geschaffene »Armee des Südostens« zuständig sein. Die am 11. Mai 2014 zur Abstimmung gestellte Frage lautete: »Unterstützen Sie die Selbständigkeit der Donezker (bzw. Luhansker) Volksrepublik?«.

Die Separatisten in Donezk und Luhansk nutzten die Kontrolle über von ihnen besetzte Fernsehtürme sowie auch Printmedien und Flyer, um für das Referendum zu werben. Die Organisatoren der Referenden gaben an, die Abstimmungsberechtigten über die offiziellen Wählerlisten von 2012 zu bestimmen. Am 11. Mai konnte je nach Wahlstation von 8 Uhr bis 23 Uhr abgestimmt werden. Das Abstimmungsergebnis wurde bereits am Vormittag des folgenden Tages mitgeteilt und am Nachmittag als Endergebnis verkündet.

Die ukrainische Regierung in Kiew sowie die EU, die USA und die OSZE haben erklärt, dass sie das Referendum nicht anerkennen, da es illegal sei. Der russische Präsident Putin hatte die Separatisten am 7. Mai aufgefordert, das Referendum zu verschieben, »um die notwendigen Bedingungen für einen Dialog zu schaffen«. In ersten Stellungnahmen am 12. Mai erklärte Russland hingegen seine Akzeptanz des

Referendums, das nun »auf zivilisierte Weise« umgesetzt werden solle.

Insgesamt lassen sich die Kritikpunkte an dem Referendum in vier Gruppen zusammenfassen.

Völkerrecht

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf das sich die Separatisten in Donezk und Luhansk berufen, ist völkerrechtlich nicht klar definiert und findet seine Grenzen in der territorialen Integrität von Staaten, sofern diese Staaten nicht massiv die Rechte der nach Unabhängigkeit strebenden ethnischen Minderheit verletzen.

In der Praxis bedeutet dies – selbst im Falle von bürgerkriegsähnlichen Zuständen –, dass international nur Unabhängigkeitsreferenden anerkannt werden, die in Abstimmung zwischen der nach Unabhängigkeit strebenden Region und dem jeweiligen Staat erfolgen, wie etwa im Falle des im September 2014 stattfindenden schottischen Unabhängigkeitsreferendums, das von der britischen Regierung akzeptiert wurde. Referenden, die vom jeweiligen Staat nicht akzeptiert werden, wie etwa das Unabhängigkeitsreferendum der Region Venedig in diesem Frühjahr oder das von Katalonien geplante Referendum für die Unabhängigkeit von Spanien, haben erst einmal nur symbolischen Charakter, um den Druck in politischen Verhandlungen zu erhöhen.

Dementsprechend stimmten bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 27. März 2014 auch nur 11 von insgesamt 169 Staaten gegen eine Resolution, die das Referendum auf der Krim für illegal erklärte, bei dem am 16. März 2014 ähnlich wie später in Donezk und Luhansk die Unabhängigkeit von der Ukraine und im Fall der Krim zeitgleich der Beitritt zur Russischen Föderation beschlossen worden waren.

Regionen, die trotz fehlender internationaler Anerkennung ihre Unabhängigkeit erklären und durchsetzen können, werden in der Regel zu sogenannten »de facto«-Staaten. Diese funktionieren de facto wie eigenständige Staaten, werden aber (zumindest anfangs) de iure nicht international anerkannt. Die Vereinten Nationen betrachten so z. B. Kosovo weiterhin als Teil Serbiens oder Taiwan als Teil der Volksrepublik China. Kosovo und Taiwan sind dementsprechend nicht UNO-Mitglied und werden auch von vielen Staaten nicht offi-

ziell anerkannt. Zum Beispiel lehnen Russland, wie auch die Ukraine und fünf EU-Mitgliedsstaaten, die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo explizit ab.

Russland selbst hat umgekehrt nach dem Krieg mit Georgien im Jahre 2008 mit Abchasien und Südossetien zwei »de-facto«-Staaten anerkannt, die aus Sicht der UNO weiterhin zu Georgien gehören. Russland unterstützt auch Transnistrien seit seiner de-facto Unabhängigkeit von Moldawien im Jahre 1992.

Mit der Annexion der Krim ist Russland aber noch einen Schritt weiter gegangen, denn hier geht es nicht mehr um die Anerkennung der Unabhängigkeit einer Region gegen den Willen des jeweiligen Staates, sondern um die Eingliederung fremden Territoriums in den eigenen Staat. Die breite internationale Ablehnung des Krim-Referendums dürfte deshalb auch mit der Befürchtung zu tun haben, dass hier ein neuer Präzedenzfall für Territorialkriege geschaffen wurde.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die international vorgebrachten Einwände gegen die Unabhängigkeitsreferenden in der Ostukraine nicht auf die konkrete Durchführung sondern grundlegend auf das Prinzip der territorialen Integrität beziehen, das die Zustimmung der Zentralregierung in Kiew verlangt. Diesem Prinzip der territorialen Integrität hat Russland im Falle des Kosovo und auch im Umgang mit den eigenen Regionen im Nordkaukasus zugestimmt. Ausgehend vom Abstimmungsergebnis der UN-Vollversammlung zum Krim-Referendum ist zu erwarten, dass nur eine sehr kleine Gruppe von Staaten die Referenden in Donezk und Luhansk anerkennen wird.

Neben diesem grundlegenden Einwand gegen die Legalität der Referenden kann zusätzlich festgehalten werden, dass sie demokratischen Standards nicht gerecht wurden.

Informationsstand der Bevölkerung

Ein zweites Problem besteht darin, dass die Referenden nicht den rechtlichen Vorgaben für die Durchführung von Volksabstimmungen folgten, sondern von den Separatisten nach eigenen Vorstellungen kurzfristig anberaumt wurden. Es gab keine öffentliche Debatte über die im Referendum angebotene Wahloption und auch keine über die Reihung der beiden Referenden in den Schritten Unabhängigkeit und Beitritt zur Russischen Föderation.

Kennzeichnend ist, dass parallel zum Unabhängigkeitsreferendum am 11. Mai 2014 in 40 Städten der Regionen Donezk und Luhansk eine weniger beachtete Umfrage »Für Frieden, Ordnung und die Einheit der Ukraine« durchgeführt wurde, die die Zusammenlegung der beiden Regionen mit der Nachbarregion Dnipropetrowsk fordert. Der Gouverneur von Dnipro-

petrowsk, der Unternehmer Ihor Kolomojskyj, der die Umfrage initiierte, hat sich als ausgesprochener Gegner der Separatisten etabliert. Nach Angaben der Organisatoren nahmen 2,5 Millionen Bürger an der Umfrage teil.

Vor allem aber hatte die Bevölkerung kaum Möglichkeit sich eine inhaltliche Meinung zu bilden. Zum einen wurde sowohl von der Zentralregierung in Kiew als auch von den Separatisten in einem bewaffneten Kampf um Sendetürme die jeweils andere Position abgeschaltet. Zum anderen fehlte aber auch schlicht die Zeit für eine inhaltliche Debatte. Die Informationskampagne der Separatisten begann frühestens zwei Wochen vor Durchführung des Referendums.

Exemplarisch für die Kampagne ist ein Fernsehspot mit folgendem Text: »Wenn Sie bei dem Referendum mit Ja antworten, werden sie in einem friedlichen, multinationalen Staat leben können. In einem Staat, der sich nicht auf faschistische Grundsätze stützt. Sie werden in einem Staat leben, der mit unseren brüderlichen Nationen: Russland, Weißrussland und Kasachstan, in einer Gemeinschaft kooperiert. Unser Land werden keine fremden Armeen betreten. Hier werden keine NATO-Truppen oder ihre Verbündeten stehen. Wir leben und werden im Frieden und Freundschaft leben.«¹

Zum Vergleich: Die Diskussion um das schottische Unabhängigkeitsreferendum, das am 18. September 2014 stattfinden soll, begann 2009. Im Oktober 2012 wurde das Abkommen zur Durchführung des Referendums geschlossen, so dass zwei Jahre für öffentliche Debatten über das konkrete Referendum blieben. Im Falle einer Zustimmung soll Schottland im März 2016 unabhängig werden.

Repräsentativität

Ein weiterer Kritikpunkt an den Referenden in Donezk und Luhansk ist, dass nicht alle Stimmberechtigten auch wirklich die Möglichkeit hatten, ihre Stimme abzugeben. Roman Ljagin, der Leiter der von den Separatisten in Donezk eingesetzten zentralen Wahlkommission, erklärte es so, dass zu Stadt und Bezirk Krasnyj Lyman (ca. 45.000 Einwohner) aufgrund von bewaffneten Auseinandersetzungen kein Kontakt bestehe. In Krasnoarmeisk musste das Referendum abgebrochen werden, weil ukrainische Truppen in die Stadt vorrückten.

Falls die von den Wahlkommissionen der Separatisten genannten Abstimmungsorte eine abschließende Aufzählung darstellen, waren nur für 17 Städte Abstimmungslokale vorgesehen, während beide Regionen zusammen insgesamt 53 Verwaltungsbezirke haben. Hinzu kommt, dass in einer Stadt wie Mariupol mit

1 Zitiert nach <<http://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-konflikt214.html>>

480.000 Einwohnern nur eine Handvoll Wahllokale eingerichtet wurden. In Anbetracht der geringen Zahl von Wahllokalen sind auch lange Schlangen kein guter Beleg für die von den Separatisten angegebene Beteiligung von über 75 %.

Es ist dementsprechend mehr als fraglich, ob alle Bewohner der beiden Regionen wirklich die Möglichkeit hatten, an dem Referendum teilzunehmen. Gleichzeitig erscheint in diesem Zusammenhang die von den Separatisten genannte hohe Wahlbeteiligung wenig glaubwürdig. Dies betrifft die Frage möglicher Manipulationen bei den tatsächlich abgegebenen Stimmen.

Manipulationen

Ein erstes Problem besteht darin, dass das Referendum in einem Umfeld von Gewaltbereitschaft und Drohungen durchgeführt wurde. An den Wahllokalen waren bewaffnete Posten aufgestellt. Es wurde von Entführungen von Journalisten, von Schusswechseln im Kontext der Anti-Terror-Operation der ukrainischen Zentralregierung und von Drohungen gegen ukraine-freundliche Personen berichtet.

Ein zweites Problem ist die Organisation des Abstimmungsprozesses. Die Separatisten erklärten zwar, über die Wählerverzeichnisse des Jahres 2012 zu verfügen. Gleichzeitig wurden aber aufgrund der geringen Zahl von Abstimmungslokalen Wähler nicht einem bestimmten Lokal zugeordnet. Angaben der Wähler wurden so oft einfach handschriftlich notiert, ohne vor der Stimmabgabe mit einem Wählerverzeichnis abgeglichen zu werden. Einfache Methoden mehrfache Stimmabgaben zu verhindern, wie etwa das Einfärben des Zeigefingers nach der Stimmabgabe wurden nicht benutzt. Es gab in einigen Abstimmungslokalen keine Wahlkabinen, wie die BBC berichtete, die mit einem halben Dutzend Journalisten in der Region präsent war. CNN filmte mehrere Personen, die im selben Wahllokal mehrfach ihre Stimme abgaben. Paul Ronzheimer, Reporter für die Bild-Zeitung, twitterte, dass er mit einem Mann unterwegs sei, der bereits achtmal abgestimmt habe.

Hierzu ist festzuhalten, dass es beim Referendum keinen systematischen Einsatz unabhängiger Beobachter gab. Internationale Wahlbeobachter nahmen nicht teil, weil das Referendum von den entsprechenden Organisationen nicht als legal anerkannt wurde. Journalisten wurden in der Regel zur Stimmauszählung nicht zugelassen. Bei den Angaben zum Ergebnis muss also allein den Angaben der von den Separatisten eingesetzten Wahlkommissionen vertraut werden.

Ein Beispiel für die resultierende Problematik bietet das entsprechende Referendum auf der Krim. Die Wahlbeteiligung wurde hier mit 83 % angegeben, wobei 97 % für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt

haben sollen. Der Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation, ein vom russischen Präsidenten eingerichtetes Beratungsgremium, stellte in einem Bericht zu »Problemen der Bewohner der Krim« fest, dass »nach Meinung praktisch aller befragten Experten und Bürger [...] auf der Krim nach verschiedenen Daten für die Vereinigung mit Russland 50–60 % der Wähler stimmten, bei einer Wahlbeteiligung von 30–50 %.«² Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums nahmen an den Referenden in Donezk und Luhansk etwa 32 % bzw. 24 % der Stimmberechtigten teil.

Das sind aber Schätzungen deren Grundlagen nicht erläutert werden. Journalisten liefern nur anekdotische Belege für mögliche Manipulationen, die in Einzelfällen dokumentiert wurden. Das tatsächliche Abstimmungsergebnis dürfte so nicht mehr rekonstruierbar sein.

Kiews Dilemma

Während einerseits klar ist, dass die Referenden in Donezk und Luhansk demokratischen Standards nicht gerecht wurden und international nicht anerkannt werden, so deutlich ist gleichzeitig geworden, dass die zentrale Regierung in Kiew die Situation in den beiden Regionen nicht mehr unter Kontrolle hat. Weder zahlreiche Haftbefehle gegen Separatisten noch ein bereits einen Monat andauernder »Anti-Terror-Einsatz« in der Region haben verhindern können, dass an vielen zentralen Orten öffentlich und ungehindert das von Kiew als illegal betrachtete Referendum durchgeführt werden konnte. Gleichzeitig waren im Gegensatz zu Nachbarregionen wie Charkiw oder Dnipropetrowsk pro-ukrainische Kräfte im öffentlichen Raum nirgends ernsthaft sichtbar.

Die Kiewer Führung steckt damit in einem doppelten Dilemma. Erstens gibt es keine offensichtliche Lösung im Umgang mit den Unabhängigkeitsreferenden. Die offizielle Position, dass die Referenden illegal waren und die Regionen unter die Kontrolle der Zentralregierung gehören, ist selbst im Rahmen eines Militäreinsatzes nicht durchsetzbar. Verhandlungen mit den Separatisten könnten aber weitere Dominoeffekte zur Folge haben und die Autorität der Zentralregierung zusätzlich untergraben.

Zweitens gefährdet die Situation in der Ostukraine längerfristig die politische Konsolidierung des Landes. Wenn bei der Präsidentenwahl am 25. Mai neben der Krim auch die Ostukraine nicht ordentlich abstimmen könnte, wäre die Legitimation des Ergebnisses ernsthaft in Frage gestellt. Die Ablösung der Übergangsre-

2 <http://www.president-sovet.ru/structure/gruppa_po_migratsionnoy_politike/materialy/problemy_zhiteley_kryma.php>

gierung und ein demokratischer Neuanfang könnten daran scheitern. Längerfristig besteht das Risiko einer dauerhaften Unabhängigkeitsbewegung mit terroristischer Unterstützung, die ähnlich wie im spanischen Baskenland oder in Nordirland das politische Klima in der Ukraine dauerhaft belasten würde.

Russlands Optionen

Russland hingegen hat bezogen auf die Entwicklung in der Ukraine kurzfristig weiterhin alle Trümpfe in der Hand. Sollte Russland auf eine Deeskalation setzen und Donezk und Luhansk nicht annektieren, so würde der Westen erleichtert reagieren und die Annexion der Krim wahrscheinlich als kleineres Übel de facto akzeptieren. Dies legen zumindest die westlichen Reaktionen auf Putins Aufforderung der letzten Woche zur Verschiebung der Referenden nahe. Würden Donezk und Luhansk Teil der Ukraine bleiben, hätte Russland jederzeit die Möglichkeit neue Konflikte zu schüren und könnte die ukrainische Zentralregierung damit erpressen. Würden Donezk und Luhansk ähnlich wie Abchasien und Südossetien zu »de-facto«-Staaten, so hätte Russland Kontrolle, ohne international die volle Verantwortung und national die Kosten für die wirtschaftliche Entwicklung der Region übernehmen zu müssen.

Sollte sich Russland entscheiden, die beiden ostukrainischen Regionen zu annektieren, so hat es die erforderliche Truppenpräsenz an der Grenze. Die Kosten

wären aber hoch. Eine Gegenwehr der ukrainischen Armee und damit auch bei der russischen Bevölkerung nicht populäres Blutvergießen wäre wohl schwer zu vermeiden. Die Sicherung einer neuen Grenze quer durch die Ukraine und die Umorientierung der gesamten Infrastruktur der ostukrainischen Regionen in Richtung Russland wären sehr teuer. Die dann unvermeidlichen westlichen Wirtschaftssanktionen würden die bereits schwächelnde russische Wirtschaft zusätzlich belasten.

Ausblick

Putin hat in internationalen wie auch nationalen Konflikten bisher immer das kalkulierte Risiko und nicht die grenzenlose Eskalation gewählt. Folgt er dieser Linie, wird er die Unabhängigkeitsreferenden nutzen, um in seinem Interesse auch längerfristig Druck auf die Ukraine auszuüben ohne die Ostukraine zu annektieren.

Der Ukrainekonflikt kann aber auch eine Eigendynamik gewinnen, die Putin dann nicht mehr unter Kontrolle hat. Dies betrifft nicht nur die Förderung der Separatisten in der Ostukraine sondern auch die von Russland unterstützten »de-facto«-Staaten. Hier könnten neue Erwartungen an Russland geweckt werden, die das Land nicht erfüllen kann und die zu weiteren Konflikten führen könnten. Anstelle eines Sicherheitsringes gegen das Vordringen von NATO und EU würde Russland dann einen Ring der Instabilität um sich schaffen.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

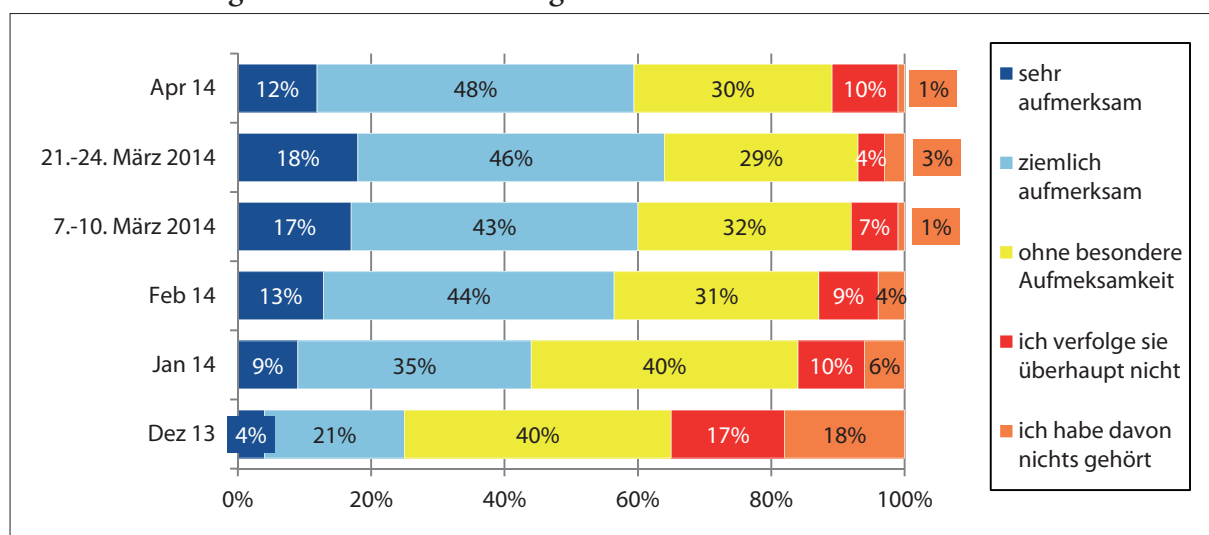
Quellenangaben

Berichte über den Ablauf des Referendums, die im Text zitiert werden: BBC: <<http://www.bbc.com/news/world-europe-27360146>>, Bild-Zeitung: <<http://www.bild.de/politik/ausland/ukraine/die-lage-in-der-ukraine-im-live-ticker-donezk-referendum-35915548.bild.html>>, CNN: <http://edition.cnn.com/2014/05/11/world/europe/ukraine-crisis/index.html?hpt=hp_t3>, Interfax-Ukraine: <<http://interfax.com.ua/news/political/204263.html>>, ITAR-TASS: <<http://en.itar-tass.com/developments-in-south-eastern-ukraine>>

UMFRAGE

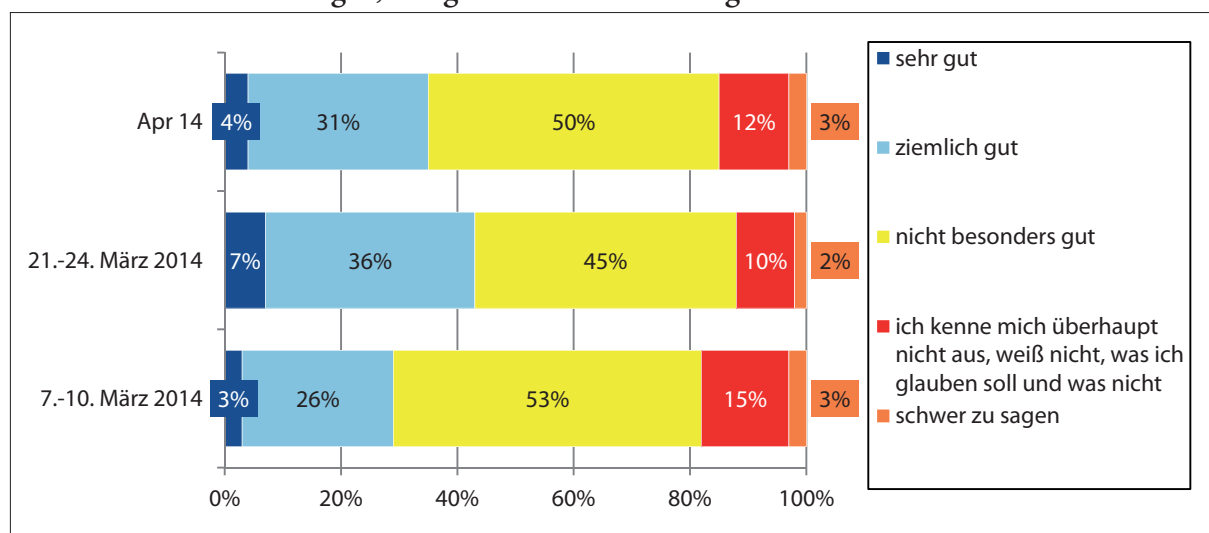
Positionen in der russischen Bevölkerung zur Krimkrise und den Ereignissen in der Ostukraine

Grafik 1: Verfolgen Sie die aktuellen Ereignisse in der Ukraine?



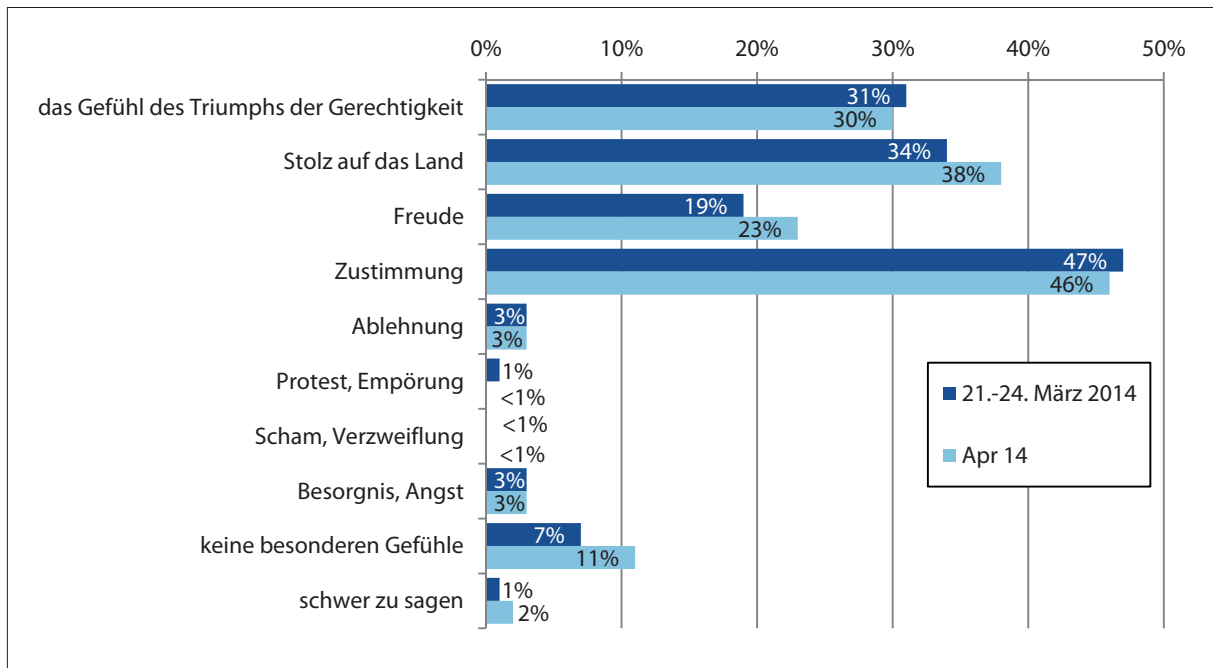
Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyakh>>

Grafik 2: Können Sie sagen, wie gut Sie über diese Ereignisse Bescheid wissen?



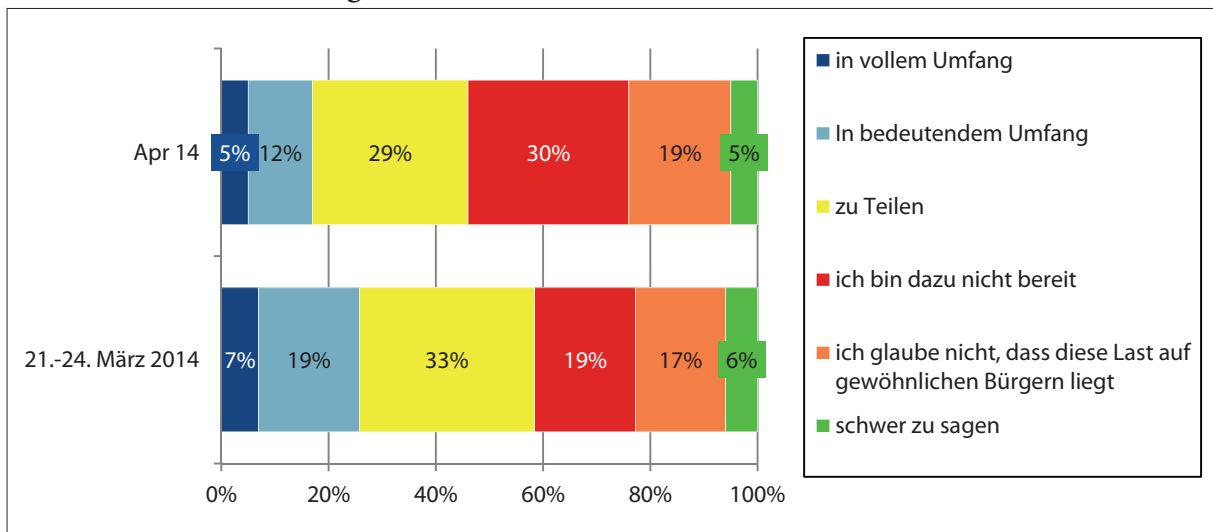
Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyakh>>

Grafik 3: Welche Gefühle weckt bei Ihnen die Entscheidung der russischen Führung, die Krim an die Russische Föderation anzuschließen?



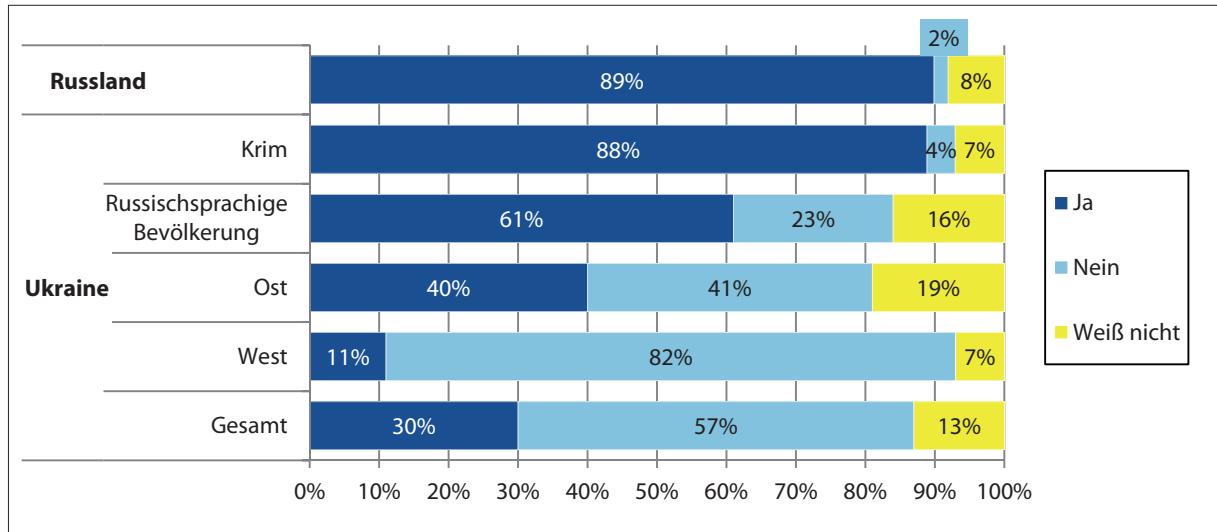
Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyakh>>

Grafik 4: In welchem Umfang sind Sie persönlich bereit, die finanzielle Last für den Anschluss der Krim zu tragen?



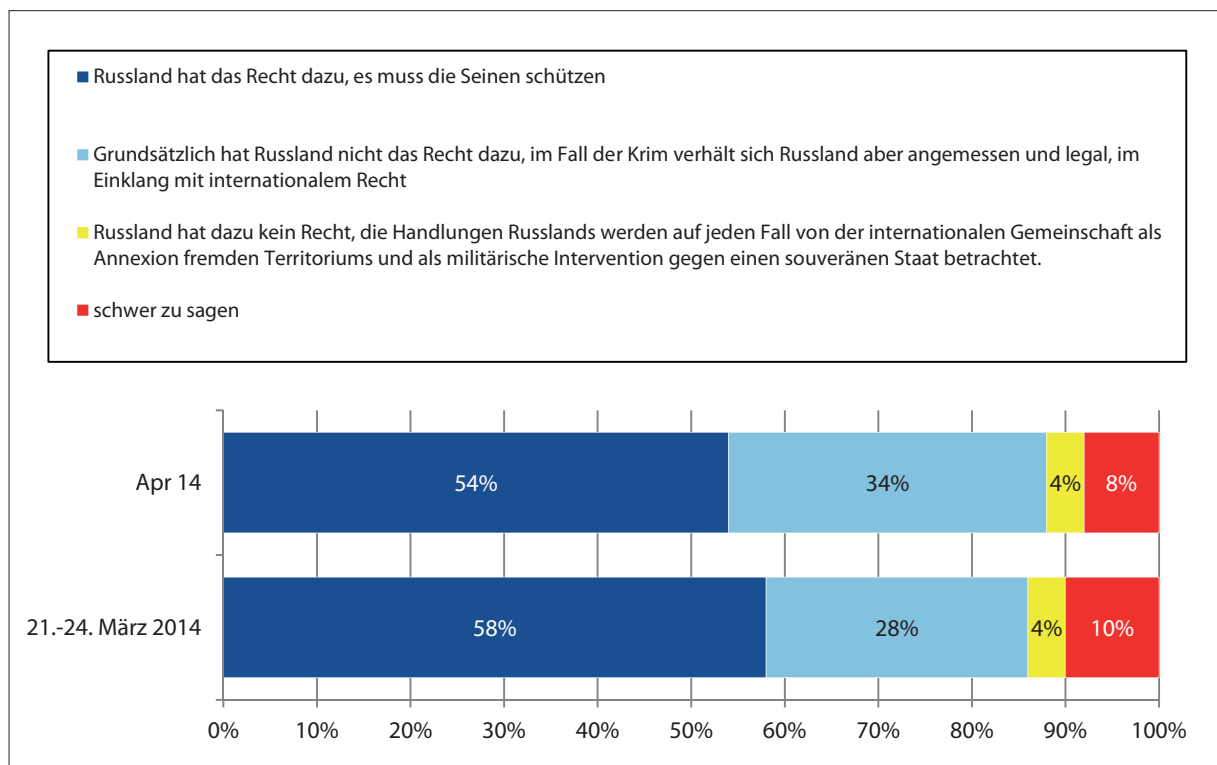
Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyakh>>

Grafik 5: Sollte die Regierung in Kiew die Ergebnisse des Referendums auf der Krim anerkennen?

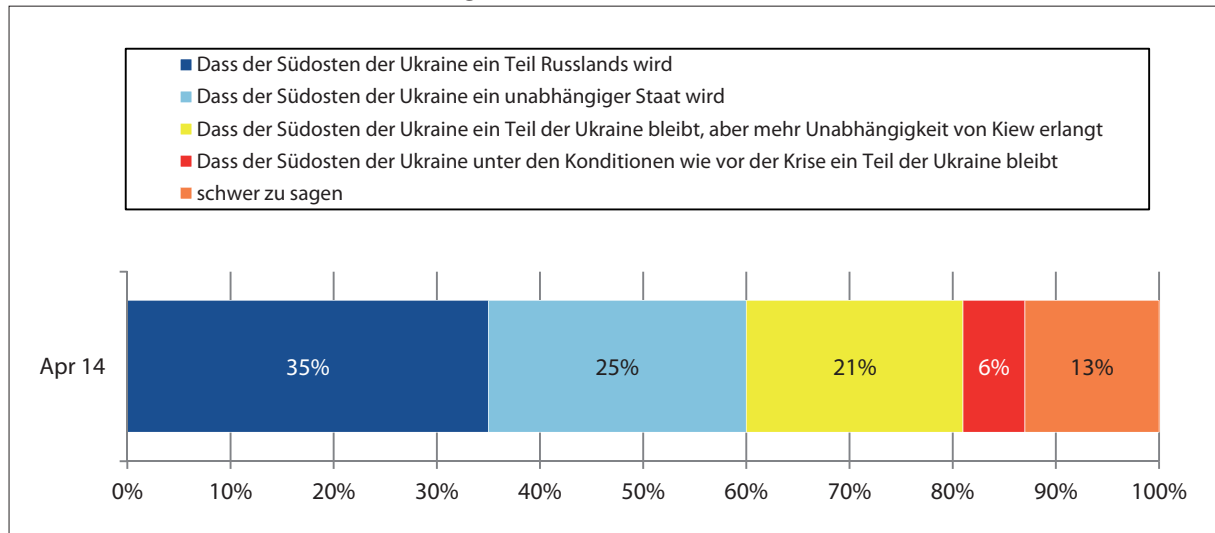


Quelle: Spring 2014 Global Attitudes survey (UKR9 & QRUS5), Pew Research Center, <<http://www.pewglobal.org/2014/05/08/despite-concerns-about-governance-ukrainians-want-to-remain-one-country/>>

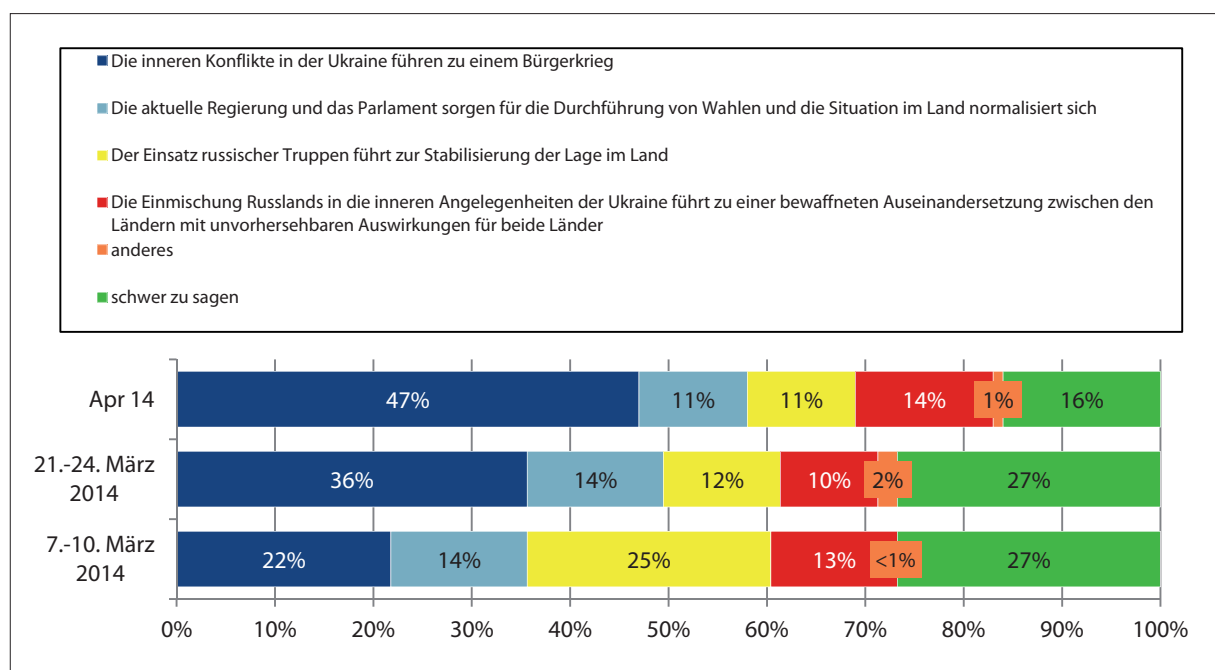
Grafik 6: Hat Russland das Recht, Territorien der ehemaligen Sowjetrepubliken auf Grundlage der Aussage, dass die Rechte dort lebender Russen unterdrückt oder beschnitten werden, an sich anzuschließen ?



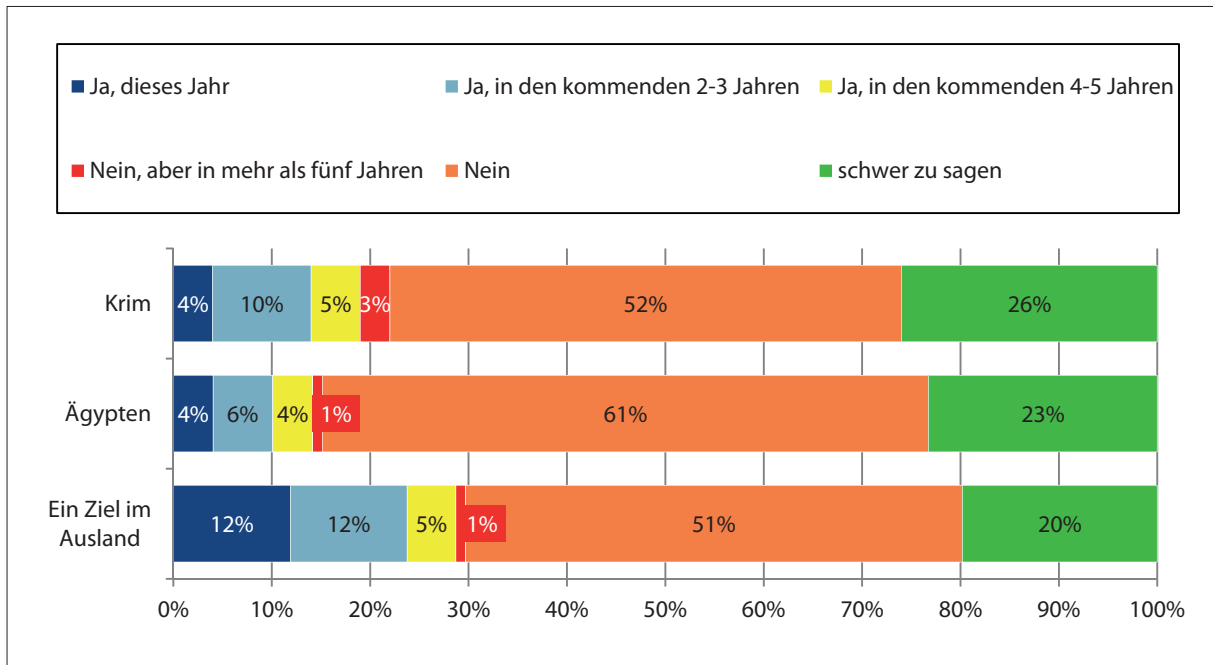
Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.-28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyiyakh>>

Grafik 7: Was würden Sie bevorzugen?

Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyakh>>

Grafik 8: Was denken Sie, welche Entwicklung der Ereignisse in der Ukraine ist am wahrscheinlichsten?

Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 25.–28. April 2014, <<http://www.levada.ru/06-05-2014/ros-siyane-ob-ukrainskikh-sobytyakh>>

Grafik 9: Haben Sie vor, in den nächsten Jahren eines dieser Urlaubsziele zu besuchen?

Quelle: repräsentative Umfragen des russischen Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014, <<http://www.levada.ru/24-04-2014/otdykh-v-krymu-i-egipte>>

CHRONIK

07. April – 11. Mai 2014

07.04.2014	Auf der Krim erschießen russische Soldaten einen Angehörigen der ukrainischen Armee. Berichten zufolge ist ein persönlicher Streit die Ursache des Todesfalls.
07.04.2014	In Luhansk nehmen Separatisten das örtliche Gebäude des Geheimdienstes SBU ein und erbeuten Waffen. Neun Menschen werden verletzt.
07.04.2014	Die russische Verbraucherschutzbehörde unterbindet die Einfuhr einiger ukrainischer Milchprodukte mit der Begründung, Standards seien verletzt worden.
07.04.2014	Von dem besetzten Gebäude der Regionalverwaltung in Donezk aus rufen separatistische Aktivisten die »Republik Donezk« aus. Diese Entscheidung wird vom selbsternannten Volksrat des Gebietes Donezk getroffen. Dieser erklärt außerdem, dass man bis zum 11. Mai ein Referendum über die Unabhängigkeit der Region abhalten wolle und richtet eine Bitte an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, im Falle einer Störung des Referendums durch die ukrainische Seite russische Streitkräfte nach Donezk zu entsenden.
07.04.2014	Auch in Charkiw wird das besetzte Gebäude der Gebietsverwaltung von der Polizei geräumt.
08.04.2014	In der Stadt Mykolajiw im Gebiet Donezk werden bei Zusammenstößen zwischen Angehörigen des dortigen Euromaidans und pro-russischen Demonstranten zehn Menschen verletzt.
08.04.2014	In Donezk kündigen separatistische Demonstranten an, die Waffen niederzulegen und das besetzte Gebäude des Inlandsgeheimdienstes SBU zu räumen. Die Einigung zwischen Demonstranten und dem Vizepremierminister Witalij Jarema war unter Vermittlung des Oligarchen Rinat Achmetow zustande gekommen.
08.04.2014	Innenminister Asen Awakow erklärt den Beginn einer »Anti-Terror-Operation« in Charkiw. Er gibt bekannt, dass bei der Räumung des besetzten Verwaltungsgebäudes 70 Separatisten gefangen genommen worden seien.
08.04.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Strafen für separatistische Bestrebungen und den Aufruf zu diesen unter schärfere Strafen stellt. Es sieht bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe vor.
08.04.2014	Der russische Energiekonzern Gazprom erklärt, die Ukraine habe für das im März gelieferte Gas nicht bezahlt. Ihre Schulden beliefen sich mittlerweile auf 2,2 Mrd. US-Dollar.
08.04.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die umfassende Überprüfung von Richterinnen und Richtern erleichtert. Damit soll die Korruption im Justizwesen bekämpft werden.
09.04.2014	US-Außenminister John Kerry wirft Russland vor, durch Geheimdienstaktivitäten in der Ostukraine separatistische Bestrebungen anzuheizen.
09.04.2014	Innenminister Arsen Awakow kündigt an, dass die separatistische Krise innerhalb von 48 Stunden gelöst werden würde – friedlich oder gewaltsam – und stellt damit ein Ultimatum an die Besetzer und Demonstranten in den Gebieten Charkiw, Donezk und Luhansk.
09.04.2014	Der aus der Partei der Regionen ausgeschlossene Abgeordnete und Präsidentschaftskandidat Oleh Zarjow wird bei einem Besuch in Mykolajew wegen seiner pro-russischen Positionen von einer wütenden Menge beschimpft und attackiert.
10.04.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow verspricht den separatistischen Demonstranten, dass sie keine Strafverfolgung zu erwarten haben, wenn sie ihre Waffen niederlegen und die besetzten Gebäude räumen.
10.04.2014	Einer Erklärung des Innenministeriums zufolge haben sich während der kritischen Phase der Proteste im Februar 2014, als dutzende Menschen auf offener Straße erschossen worden waren, auch im Gebäude des Innenministeriums Scharfschützen befunden.
11.04.2014	In einem Kohleschacht in Donezk kommen bei einer Explosion sieben Bergarbeiter ums Leben.
11.04.2014	Premierminister Arsenij Jazenjuk verspricht in Donezk, das Sprachengesetz unangetastet zu lassen. Jeder werde zu jeder Zeit die Sprache verwenden können, die er wolle.
11.04.2014	EU-Energiekommissar Günter Oettinger verspricht, dass die EU der Ukraine bei der Bezahlung ihrer Gasschulden Unterstützung leisten werde.
11.04.2014	Die NATO veröffentlicht Satellitenbilder, auf denen russische Truppen und Flugzeuge an der Grenze zur Ukraine zu sehen sein sollen.
12.04.2014	In der Stadt Slawjansk [ukrainisch Slowjansk, hier wird aber die russische Schreibweise benutzt, da diese im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen gebraucht wird, die Red.] im Gebiet Donezk besetzen bewaffnete Separatisten eine Polizeiwache und halten die anwesenden Polizisten kurzzeitig fest. Um die Wache werden Barrikaden errichtet.
12.04.2014	Bewaffnete besetzen weitere Verwaltungsgebäude in den Städten des Donezker Gebiets Krasnoarmijsk und Krasnolymansk. In Kramatorsk kommt es zu einer Schießerei zwischen Polizei und bewaffneten Besetzern.

12.04.2014	Dmytro Jarosch, Präsidentschaftskandidat und Chef der Partei »Rechter Sektor« ruft zur Mobilmachung und zu »entschlossenen Aktionen« gegen die separatistischen Aktivisten im Osten der Ukraine auf. Er kritisiert die »Tatenlosigkeit« des Innenministeriums.
13.04.2014	In Slawjansk im Gebiet Donezk beginnt am Morgen eine »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Sicherheitskräfte unter Führung des Inlandsgeheimdienstes SBU und unter Beteiligung der Armee. Innenminister Arsen Awakow spricht später von einem Toten auf ukrainischer Seite und einer unklaren Anzahl Toter auf der Seite der separatistischen Kämpfer. Diese halten die Polizeistation besetzt und hissen die Flagge der »Republik Donezk«. Am Abend sind keine ukrainischen Truppen mehr in der Stadt.
13.04.2014	Nach einer friedlichen Demonstration für die Errichtung der »Republik Donezk« in Mariupol im Gebiet Donezk besetzen Aktivisten das Gebäude des Stadtrates.
13.04.2014	Aleksandr Lukaschenko, Präsident von Belarus, spricht sich ausdrücklich gegen eine Föderalisierung der Ukraine aus und unterstreicht, dass er Oleksandr Turtschinow als Interimspräsidenten für legitim halte. Mit beiden Aussagen stellt er sich gegen die offizielle russische Position.
13.04.2014	In der Stadt Charkiw finden Demonstrationen pro-russischer Aktivisten und des Euromaidans statt. Teilnehmer der Demonstration des Euromaidan werden von Unbekannten mit scharfer Munition beschossen, einige werden verletzt.
13.04.2014	In Makijiwka, einer Stadt im Osten von Donezk, nehmen pro-russische Aktivisten das Gebäude des Stadtrates ein und ernennen einen »Volksbürgermeister«.
13.04.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow erneuert das Angebot der Straffreiheit für bewaffnete Besetzer von Verwaltungsgebäuden im Ostteil des Landes, wenn sie bis zum kommenden Tag ihre Waffen abgeben. Er kündigt außerdem eine umfassende Neuordnung der kommunalen Selbstverwaltung und den Transfer politischer Macht an die Regionen an.
13.04.2014	Interimspräsident Oleksandr Turtschinow ruft eine umfassende »Anti-Terror-Operation« im Osten des Landes aus, an der die Armee beteiligt wird. Man werde das »Szenario der Krim« in der Ostukraine nicht zulassen.
14.04.2014	Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Andrij Parubij, erklärt, ukrainische Spezialeinheiten hätten russische Agenten festgenommen. Es werden weitere Nachrichten verbreitet, laut denen russische Geheimdienste die Besetzungsaktionen in der östlichen Ukraine unterstützen oder koordinieren. Der ehemalige Innenminister Jurij Luzenko erklärt unterdessen, dass die Polizeieinheiten im Osten der Ukraine nach wie vor unter der Kontrolle der »Familie« Wiktor Janukowytschs stehen.
14.04.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow räumt die Möglichkeit eines nationalen Referendums über die territoriale Integrität der Ukraine ein. Es könne, bei entsprechender Entscheidung des Parlaments, zeitgleich mit der für den 25. Mai 2014 angesetzten Präsidentschaftswahl stattfinden.
14.04.2014	Wjatscheslaw Ponomarjow, der Anführer der separatistischen Aktivisten in Slawjansk, bittet den russischen Präsidenten Wladimir Putin darum, den Besetzern zu helfen. Da die Bürgermeisterin die Stadt verlassen habe, kündigt er außerdem außerplanmäßige Bürgermeisterwahlen auf einem zentralen Platz der Stadt an.
14.04.2014	Das höchste Gericht der Ukraine schließt den Fall der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko. Sie war 2009 angeklagt worden, weil sie einen für die Ukraine wenig vorteilhaften Gasvertrag mit Russland ausgehandelt hatte. Im Jahr 2011 war sie zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, bevor sie im Februar 2014 nach dem Umsturz in Kiew vorzeitig befreit wurde.
14.04.2014	Auf dem Maidan findet eine Demonstration gegen die Zurückhaltung der Übergangsregierung angesichts der Krise in der Ostukraine statt. Die Demonstranten fordern den Rücktritt des Übergangspräsidenten und des Innenministers.
15.04.2014	Der aus der Partei der Regionen ausgeschlossene Abgeordnete und Präsidentschaftskandidat Oleh Zarjow wird erneut von einer aufgebrachten Menge angegriffen und aufgefordert, seine Kandidatur niederzulegen. Er erklärt am nächsten Tag, dass er weiterhin kandidieren werde.
15.04.2014	Interimspräsident Oleksandr Turtschinow kündigt den Beginn einer weiteren »Anti-Terror-Operation« im Donbass an.
15.04.2014	Der deutsche Energiekonzern RWE beginnt mit rückwärtigen Gaslieferungen an die Ukraine. Sie werden über Polen abgewickelt, nachdem es in der Slowakei technische Probleme bei der Umkehr des Gasflusses gegeben hatte.
15.04.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zum Schutz der Bürgerrechte der Einwohner besetzter Gebiete. Die Krim wird darin als besetztes Gebiet bezeichnet. Die automatische Zuerkennung der russischen Staatsbürgerschaft an alle Einwohner der Krim, die sich nicht dagegen ausgesprochen haben, wird durch das Gesetz ausdrücklich nicht anerkannt.

15.04.2014	Das Außenministerium der Ukraine gibt bekannt, dass die Finanzhilfen aus der EU insgesamt etwa elf Milliarden Euro umfassen werden.
16.04.2014	In Kramatorsk und Slawjansk werden Panzerfahrzeuge mit russischen Flaggen gesichtet. Später erklärt der Fraktionschef der Partei Vaterland, Serhij Sobolew, es habe sich um eine verdeckte Operation ukrainischer Einheiten gehandelt, die unter russischer Flagge in das von Separatisten gehaltene Gebiet eindringen konnten. Auch der Innenminister Arsen Awakow lässt vermelden, dass es sich nicht um Überläufer handle. Später gibt das Verteidigungsministerium zu, dass die Fahrzeuge von Separatisten eingenommen worden seien.
16.04.2014	NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kündigt eine Aufstockung der NATO-Truppen zu Land, zu Wasser und am Boden in den baltischen Regionen und am Mittelmeer an, um den NATO-Mitgliedsstaaten den Rückhalt der Allianz zu versichern.
16.04.2014	Ukrainische Polizisten nehmen nach einer Erklärung des Geheimdienstes etwa 25 russische Agenten auf dem Territorium der Ukraine fest.
17.04.2014	In Mariupol werden bei einer Operation des Innenministeriums drei Menschen getötet; 13 werden verletzt und 63 festgenommen. Die Aktivisten hatten zuvor einen Posten der ukrainischen Nationalgarde angegriffen.
17.04.2014	Interimspräsident Oleksandr Turtschinow erklärt, dass diejenigen Soldaten, die in Kramatorsk ihre Waffen niedergelegt und vor den separatistischen Kämpfern kapituliert hatten, sich vor Gericht werden verantworten müssen.
17.04.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt zum ersten Mal öffentlich, dass die bewaffneten Uniformierten auf der Krim Angehörige russischer Spezialeinheiten gewesen seien. Sie seien gebraucht worden, um die Sicherheit des Referendums zu garantieren. Putin hatte zuvor stets bestritten, dass Russland mit den Soldaten in Verbindung stehe.
17.04.2014	Kurz bevor die Gespräche zwischen der Ukraine, Russland, der EU und den USA in Genf beginnen, weist der russische Präsident Wladimir Putin erneut darauf hin, dass der Föderationsrat ihm die Erlaubnis zum Eingreifen in der Ukraine gegeben habe – sollten die Rechte der russischen Bevölkerung dort verletzt werden.
17.04.2014	Die Industrieproduktion ist zum März 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt um knapp sieben Prozent zurückgegangen.
17.04.2014	In einer Resolution unterstützt das Europäische Parlament die Übergangsregierung der Ukraine und erklärt, sie habe das Recht, jedes Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen, bis hin zur »Selbstverteidigung«. Die Resolution warnt Russland ausdrücklich vor militärischem Eingreifen.
17.04.2014	In Genf treffen sich Vertreter der Ukraine, Russlands, der EU und der USA und verabschieden eine gemeinsame Erklärung zur Deeskalation des Konflikts in der Ostukraine. In der Erklärung wird die Räumung aller öffentlichen Straßen, Plätze und Gebäude gefordert, sowie die Entwaffnung aller illegal bewaffneten Gruppen. Des Weiteren soll es eine Amnestie für alle festgenommenen und angeklagten Demonstranten geben, sofern sie keine schweren Verbrechen begangen haben. Zur Überwachung der Einhaltung wird eine gemeinsame OSZE-Mission entsandt (zur Genfer Erklärung siehe Seite 21 in dieser Ausgabe).
17.04.2014	Unmittelbar nach dem Treffen der Vertreter der Ukraine, Russlands, der EU und der USA kündigt US-Außenminister John Kerry weitere Sanktionen gegen Russland an, sollte es seinen Verpflichtungen aus der Genfer Erklärung nicht nachkommen.
18.04.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt eine umfassende öffentliche Beratung zur geplanten Verfassungsänderung an. Diese Änderung soll den ukrainischen Kommunen und Städten mehr politische Macht überantworten. Die Anhörungen mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sollen bis zum 1. Oktober 2014 andauern.
18.04.2014	Das Regionalparlament in Luhansk fordert vom Parlament in Kiew die Anberaumung eines Referendums über die Föderalisierung der Ukraine und den Status der russischen Sprache als zweite Amtssprache.
18.04.2014	Das russische Außenministerium fordert unter Hinweis auf die Genfer Erklärung die Entwaffnung des Rechten Sektors.
18.04.2014	Der Anführer der separatistischen Aktivisten in Slawjansk, Wjatscheslaw Ponomarjow, ruft die Bewohner der besetzten Stadt dazu auf, »verdächtige Personen« zu melden, insbesondere solche, die die ukrainische Sprache verwenden. Er erklärt außerdem, dass in der Stadt die Parteien Vaterland, Freiheit und UDAR ab sofort verboten seien.
19.04.2014	In Slawjansk wird Journalisten die Ausübung ihrer Tätigkeit verboten. Lokale Zeitungen werden nicht verkauft, seit der Übernahme des Fernsehturms durch die pro-russischen Besetzer sind das digitale Fernsehen und das Internet abgeschaltet.
19.04.2014	In Slawjansk beschießen die separatistischen Besetzer einen zivilen Hubschrauber der Ukraine, von dem Flugblätter mit der Genfer Erklärung abgeworfen werden.

19.04.2014	Ein Pressesprecher Wladimir Putins, Dmitrij Peskow, gibt in einem Interview zu, dass russische Truppen an der ukrainischen Grenze aufgrund der dortigen Ereignisse stationiert wurden.
19.04.2014	Denis Puschilin, einer der Anführer der vor einigen Tagen ausgerufenen Volksrepublik Donezk, äußert sich zu den verbreiteten antisemitischen und xenophoben Flugblättern. Er nennt sie eine Provokation und streitet die Beteiligung der Separatisten an ihrer Verbreitung ab. Zudem erklärt er, dass man den Vereinbarungen von Genf nur dann Folge leisten und die besetzten Gebäude aufgeben werde, wenn in Kiew die Zelte des Maidan abgebaut und der Rechte Sektor sowie die neu eingerichtete Nationalgarde entwaffnet würden.
20.04.2014	US-Präsident Obama kündigt an, dass im Falle der Invasion der Ostukraine durch russische Truppen die Sanktionen auf den russischen Präsidenten ausgeweitet würden. Seine Konten in den USA sowie in US-Dollar gehaltene Konten in anderen Staaten könnten dann eingefroren werden.
20.04.2014	Bei einer Schießerei zwischen Separatisten und Unbekannten in Slawjansk sterben drei Menschen, drei weitere werden verletzt. Der Rechte Sektor wird beschuldigt, an der Schießerei beteiligt gewesen zu sein.
21.04.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow wirft der Übergangsregierung in Kiew vor, nicht in der Lage zu sein, »die Extremisten zu kontrollieren« und so die Vereinbarung von Genf zu verletzen.
21.04.2014	Meldungen aus Slawjansk zufolge werden dort drei Journalisten entführt.
21.04.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin unterschreibt ein Dekret zur Rehabilitierung der Krimtataren und anderer Völker, die während der »Repressionen Stalins gelitten haben«.
21.04.2014	Die separatistischen Besetzer in Luhansk verkünden, zwei Referenden durchführen zu wollen. Im ersten Referendum, das am 11. Mai 2014 stattfinden soll, werde die Frage nach dem Autonomiestatus des Gebietes gestellt. Sollte sich die Bevölkerung dafür entscheiden, soll am 18. Mai 2014 darüber abgestimmt werden, ob die Region sich Russland anschließt oder einen eigenen Staat gründet.
21.04.2014	Auch in Odessa gibt es separatistische Bestrebungen. Dort ruft eine Gruppe Orthodoxer die »Volksrepublik Neurussland« aus.
22.04.2014	Dem ehemaligen Vorsitzenden des Medschlis der Krimtataren, Mustafa Dschemilew, wird die Einreise nach Russland und damit auch auf die Krim verboten. Er wird bei Versuchen, nach einer Reise in die Ukraine auf die Krim zurückzukehren, mehrfach abgewiesen.
22.04.2014	Die Übergangsregierung stockt erneut das Verteidigungsbudget auf. Etwa fünf Milliarden Hrywnja werden der Armee aus einem Reservefonds zugewiesen.
22.04.2014	Die Übergangsregierung bringt einen Gesetzesvorschlag zu einer Amnestie für verhaftete und angeklagte Protestierende ins Parlament ein, der auch die Separatisten in den östlichen Gebieten der Ukraine einschließt.
23.04.2014	Vize-Premierminister Witalij Jarema erklärt, dass im Gebiet Charkiw die »Anti-Terror-Operation« wieder aufgenommen werde.
23.04.2014	Im Zentrum von Kiew wird ein Teil der Barrikaden abgebaut.
23.04.2014	Nach Informationen des ukrainischen Außenministeriums vermint Russland die Grenze zwischen der Halbinsel Krim und dem ukrainischen Festland.
23.04.2014	Der Kiewer Verband der Partei UDAR nominiert Witalij Klitschko offiziell zum Kandidaten für das Bürgermeisteramt. Die Wahlen finden am 25. Mai statt.
23.04.2014	Der Anführer der Partei »Rechter Sektor« und Präsidentschaftskandidat Dmytro Jarosch erklärt die Gründung einer Spezialeinheit »Donbass« aus lokalen Mitgliedern des Rechten Sektors. Alle Aktionen seien mit den zuständigen Organen des Staates abgestimmt.
24.04.2014	Der russische Energiekonzern Gazprom fordert von der Ukraine einen Wechsel zur Vorauszahlung des importierten Gases.
24.04.2014	Vor dem Hintergrund der Prognose, dass die ukrainische Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 um fünf Prozent zurückgehen werde, entscheidet der Internationale Währungsfonds, der Ukraine 17 Milliarden US-Dollar Hilfskredite auszuzahlen. Dies geht aus einem internen Papier hervor, das noch nicht offiziell bestätigt ist.
24.04.2014	Die Konflikte zwischen Separatisten und der ukrainischen Armee in Slawjansk verschärfen sich. Es kommt abermals zu Schießereien, die Bürger werden aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen.
25.04.2014	Vertreter des Euromaidan in Kiew erklären, dass sie das noch immer besetzte Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung bis zum Ende der Woche räumen wollen.
25.04.2014	Einer Umfrage des International Republican Institute zufolge wollen 84 % der Ukrainer am 25. Mai 2014 eher zur Wahl gehen – 62 % im Osten des Landes.

25.04.2014	Ein Bus mit Militärbeobachtern der OSZE wird in Slawjansk angehalten, die Mitglieder der Mission werden verschleppt. Der Anführer der Separatisten vor Ort, Wjatscheslaw Ponomarjow, bestätigt die Festnahme.
26.04.2014	Die Staaten der G7 verabschieden eine Erklärung, in der sie ihre Einigkeit in Bezug auf Sanktionen gegen Russland unterstreichen und Russland vorwerfen, seine Verpflichtungen aus den Genfer Erklärungen nicht einzuhalten (siehe S. X in dieser Ausgabe).
26.04.2014	Der ukrainische Geheimdienst erklärt, dass die Geiselnahme der OSZE-Militärbeobachter in Slawjansk sowie die gesamte Koordination der Separatisten von russischen Saboteuren geleitet werde.
27.04.2014	In Slawjansk finden weiterhin Feuergefechte zwischen Besetzern und Einheiten der ukrainischen Armee statt.
27.04.2014	Vertreter der ukrainischen Seite verhandeln mit den Separatisten in Slawjansk über eine Freilassung der Geiseln der OSZE-Militärbeobachter. Währenddessen treten diese an der Seite des Separatistenführers in Slawjansk, Wjatscheslaw Ponomarjow, auf einer Pressekonferenz auf und erklären, sie seien keine Kriegsgefangenen, sondern »Gäste« der Separatisten. Im Laufe des Tages wird eine der acht Geiseln freigelassen.
28.04.2014	Der kürzlich eingesetzte Gouverneur des Gebiets Donezk, der Milliardär Serhij Taruta, schlägt ein nationales Referendum über den Autonomiestatus der ukrainischen Regionen und eine Dezentralisierung der Polizei vor.
28.04.2014	Der Bürgermeister der Stadt Charkiw, Gennadij Kernes, wird Opfer eines Anschlags. Ein Unbekannter schießt ihm in den Rücken. Kernes überlebt, schwebt aber zunächst in Lebensgefahr.
28.04.2014	Die separatistischen Besetzer des Geheimdienstgebäudes in Luhansk erklären, dass sie bereit seien, das Gebäude zu räumen, wenn sie im Gegenzug den Gouverneursposten besetzen können.
28.04.2014	Die USA erweitern den Kreis russischer Personen und Firmen, denen im Zuge der Ukraine-Krise Visabeschränkungen und Kontensperrungen auferlegt werden. US-Präsident Obama begründet den Schritt damit, dass Russland sich nicht an seine Verpflichtungen aus der Genfer Vereinbarung halte.
29.04.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Regierung die Anzahl der Steuern von derzeit 22 auf acht reduzieren wolle.
29.04.2014	Separatistisch gesinnte Gruppen nehmen in Luhansk weitere Verwaltungsgebäude ein. Neben dem Geheimdienstgebäude sind nun das Gebäude der Gebietsverwaltung und das der Staatsanwaltschaft besetzt. Auch in Perwomajsk im Gebiet Luhansk wird ein Gebäude besetzt.
29.04.2014	Oleh Zarjow, ehemaliger Angeordneter der Partei der Regionen, zieht seine Präsidentschaftskandidatur zurück.
30.04.2014	Separatisten in Donezk nehmen die Gebäude der Zoll- und der Steuerbehörde ein, verlassen aber die Steuerbehörde gleich darauf wieder, als dort keine Waffen gefunden werden.
01.05.2014	Der Internationale Währungsfonds bestätigt Hilfskredite in Höhe von 17 Milliarden US-Dollar. Die erste Tranche von etwa 3,2 Milliarden Dollar soll sofort ausgezahlt werden, die nächsten Tranchen sollen jeweils nach realisierten Reformfortschritten erfolgen.
01.05.2014	Die Präsidentschaftskandidatin der Partei Ukraine – vorwärts!, Natalija Korolewska, zieht ihre Kandidatur zurück.
01.05.2014	Im Gebiet Donezk versuchen Unbekannte, einen Aktivisten der Partei Freiheit zu entführen. Einige Tage zuvor war bereits Jaroslaw Marantschuk, ebenfalls Freiheit-Aktivist, spurlos verschwunden.
01.05.2014	Der Präsidentschaftskandidat Petro Poroschenko bietet nach Aussagen seines Vertrauensmannes Jurij Luzenko dem Lager der Partei Vaterland eine Zusammenarbeit nach der Präsidentschaftswahl an und schlägt Julija Tymoschenko den Posten der Ministerpräsidentin vor. Tymoschenko lehnt ab.
01.05.2014	In Donezk nehmen separatistische Kräfte das Gebäude der Staatsanwaltschaft ein. In Krasnoarmijsk und Rodinske im Gebiet Donezk werden Polizeiwachen besetzt.
01.05.2014	Per Erlass führt Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow die Wehrpflicht wieder ein. Noch in diesem Jahr sollen junge Männer zum Wehrdienst eingezogen werden. Die Wehrpflicht war erst zwei Jahre zuvor abgeschafft worden.
02.05.2014	In der Peripherie der Stadt Slawjansk brechen offene Kämpfe aus. Separatisten schießen einen ukrainischen Hubschrauber ab und zwingen einen zweiten zur Landung. Es gibt mehrere Tote. Eine Gruppe internationaler Journalisten verschwindet.
02.05.2014	Der stellvertretende NATO-Generalsekretär Alexander Vershbow erklärt, dass Russland in der NATO einen Feind sehe. Aus diesem Grund müsse auch die NATO Russland anstelle eines Partners als Feind betrachten. In Kürze würden weitere NATO-Truppen in osteuropäischen Mitgliedsstaaten stationiert.
02.05.2014	In Odessa kommt es im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen pro-russischen Aktivisten und Anhängern des lokalen Maidan zu einem Brand im Gewerkschaftshaus. Dem Feuer fallen circa 46 Menschen zum Opfer, davon etwa 20 Polizisten. Etwa 150 Menschen werden verletzt.

03.05.2014	Nach acht Tagen in Gefangenschaft kommen die in Slawjansk festgehaltenen Geiseln der OSZE-Militärbeobachtungsmission überraschend frei.
04.05.2014	Meldungen zufolge verstärkt Russland massiv seine Militärpräsenz auf der Krim.
04.05.2014	Pro-russischen Demonstranten in Odessa gelingt es, die Freilassung mehrerer Gefangener, die während der Unruhen am 2. Mai 2014 festgenommen worden waren, zu erwirken.
05.05.2014	Separatistische Kräfte entführen im Gebiet Donezk vier lokale Abgeordnete und einen Bergarbeiter, der sich kurz darauf befreien kann.
05.05.2014	Der Menschenrechtsrat des russischen Präsidenten Wladimir Putin veröffentlicht einen Bericht über das Referendum auf der Krim vom 18. März 2014, bei dem laut offiziellem Ergebnis 97 % dem Anschluss der Krim an Russland zugestimmt haben (bei einer Wahlbeteiligung von circa 80 %). Der Bericht spricht hingegen von einer Zustimmungsrate von 60 bis 70 Prozent und einer Wahlbeteiligung von lediglich 15 bis 30 Prozent. Das Papier wird bereits nach wenigen Stunden wieder von der Internetseite des Menschenrechtsrates entfernt.
05.05.2014	In Slawjansk finden wieder Kämpfe statt. Die Stadt ist vollständig von der ukrainischen Armee umstellt, die den Verkehr in die Stadt überwacht. Auf beiden Seiten gibt es Tote, nach inoffiziellen Zahlen sind es vier ukrainische Soldaten und etwa 30 separatistische Kämpfer.
06.05.2014	Das Parlament, das zurzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit Berichte der Geheimdienste über die Lage in der Ostukraine entgegennimmt, schließt per Abstimmung die Fraktion der Kommunistischen Partei der Ukraine von den Sitzungen aus. Als Begründung werden »separatistische Äußerungen« des Parteichefs der Kommunisten, Petro Simonenko, angeführt.
06.05.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier nennt fünf Schritte zur Deeskalation der Krise. Erstens müsste ein zweites Treffen der USA, der Ukraine, der EU und Russlands in Genf stattfinden, um den bisher erreichten Vereinbarungen politisches Gewicht zu verleihen. Zweitens sollten die Wahlen am 25. Mai 2014 ungestört durchgeführt werden, drittens solle der OSZE eine Schlüsselrolle bei der Beilegung des Konfliktes zukommen. Viertens müsse ein breiter Dialog mit allen Teilen des Landes über eine Verfassungsreform geführt werden. Fünftens schließlich sollten alle »nichtstaatlichen« Gruppen entwaffnet und alle besetzten Gebäude freigegeben werden.
06.05.2014	In Donezk teilen Separatisten Waffen an alle aus, die sich an ihren Aktionen beteiligen wollen. Die Ausgabe befindet sich in einem besetzten Gebäude der Stadtverwaltung.
07.05.2014	In Mariupol im Gebiet Donezk wird das besetzte Gebäude des Stadtrates von Spezialeinheiten des ukrainischen Innenministeriums geräumt. Es kommt zu Kämpfen, ein Separatist wird getötet, zwei werden verhaftet.
07.05.2014	Die Ukraine erhält die erste Tranche des Hilfskredites des Internationalen Währungsfonds. Sie beträgt 3,19 Milliarden US-Dollar.
07.05.2014	In Luhansk wird mit dem Gebäude der Staatsanwaltschaft ein weiteres Verwaltungsgebäude besetzt. Die Separatisten rufen die regionale Polizei dazu auf, sich ihnen anzuschließen.
07.05.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin ruft die Separatisten im Osten und Süden der Ukraine auf, die für den 11. Mai 2014 angesetzten Referenden über die Unabhängigkeit der jeweiligen Provinzen zu verschieben, um die entsprechenden Bedingungen zu schaffen. Er fordert außerdem von der Regierung in Kiew, jegliche kriegerischen Maßnahmen einzustellen.
07.05.2014	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, die Truppen der russischen Armee seien von der ukrainischen Grenze abgezogen worden.
08.05.2014	Sowohl in Donezk als auch in Luhansk entscheiden sich die separatistischen Gruppen für die Durchführung des geplanten Referendums am 11. Mai 2014. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte sie zuvor dazu aufgerufen, die Durchführung zu verschieben.
08.05.2014	Der russische Energiekonzern Gazprom stellt die Modalitäten der Bezahlung des in die Ukraine exportierten Gases um. Ab Juni wird die Ukraine im Voraus bezahlen müssen. Begründet wird dies mit der mittlerweile auf 3,5 Milliarden US-Dollar angewachsenen Schuld des Landes.
08.05.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk schlägt vor, in eine neue Version der ukrainischen Verfassung einen Sonderstatus der russischen und anderer Sprachen in den Regionen festzuschreiben.
08.05.2014	Die verbrannte Leiche des Maidan-Aktivisten Walerij Salo wird im Gebiet Luhansk gefunden. Am Vortag war Salo von maskierten Bewaffneten bei Slawjansk im Gebiet Donezk entführt worden. Laut Angaben von ukrainischen Menschenrechtsgruppen wurden seit Mitte April mindestens 74 Menschen entführt.
08.05.2014	In Mariupol wird der Stadtrat erneut besetzt, Barrikaden werden wieder aufgebaut und Reifen entzündet.

09.05.2014	In Mariupol entbrennt ein Kampf zwischen bewaffneten Besetzern und ukrainischen Einheiten der »Anti-Terror-Operation«. Angaben zu Todesopfern variieren zwischen sieben und 20.
09.05.2014	Polen erleichtert die Bedingungen für den Erhalt von Schengenvisa für ukrainische Staatsbürger. Wer bereits ein Kurzzeitvisum hatte, kann dies gegen ein Jahresvisum mit mehrfacher Einreiseoption eintauschen. Wer ab dem 15. Mai 2014 bei polnischen Konsulaten ein Schengenvisum beantragt, bekommt automatisch ein Halbjahresvisum zur zweifachen Einreise.
09.05.2014	Zur Feier des Tages des Sieges der Sowjetunion über die Nationalsozialisten reist der russische Präsident Wladimir Putin auf die kürzlich annektierte Halbinsel Krim. Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk hält Putins Besuch für eine »Provokation«.
09.05.2014	In Donezk nehmen etwa einhundert bewaffnete, teilweise maskierte Kämpfer ohne größere Schusswechsel einen Standort der Nationalgarde ein. Die Information, die Soldaten der Nationalgarde hätten die Waffen abgegeben, wird später dementiert.
10.05.2014	Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow erklärt, die Regierung sei bereit zu Gesprächen mit Vertretern der Protestierenden aus Luhansk und Donezk. Man bereite landesweite runde Tische zur Beilegung der Konflikte vor. Einen Dialog mit »Terroristen« werde es jedoch nicht geben.
10.05.2014	Sorjan Schkirjak, Präsidentschaftskandidat und Aktivist des Automaidan, zieht seine Kandidatur zurück.
10.05.2014	Die NATO veröffentlicht erneut aktuelle Satellitenbilder, auf denen russische Truppen in der Nähe Rostows, nahe der ukrainischen Grenze, abgebildet sein sollen. Dies widerspricht Wladimir Putins Aussage, man habe die russischen Truppen aus den Grenzregionen abgezogen.
11.05.2014	Pro-russische Bewaffnete überfallen den Flughafen in Kramatorsk und nehmen drei Frauen gefangen.
11.05.2014	In Krasnoarmijsk kommt es zu einer Schießerei zwischen Kämpfern der Nationalgarde und Protestierenden. Die Einheit der Nationalgarde ist laut Informationen von Augenzeugen die von dem Dnipropetrowsker Gouverneur Ihor Kolomojskij persönlich eingesetzte Truppe »Dnipro«. Ein Demonstrant wird erschossen.
11.05.2014	In Donezk und Luhansk finden von den separatistischen Kräften angesetzte Referenden über die Ausweitung der Autonomierechte der beiden Provinzen statt. Laut Angaben der Veranstalter beträgt die Wahlbeteiligung in Donezk 71 %. In Krasnoarmijsk beschlagnahmten Kämpfer der Nationalgarde die abgegebenen Stimmzettel. Nach den Worten eines der Anführer der vor kurzem ausgerufenen Volksrepublik Donezk stimmen für die Anerkennung der Republik etwa 89 % der WählerInnen. Man bereite jedoch weder ein zweites Referendum vor noch werde nun die Abspaltung der Region folgen, erklärt Roman Ljagin. In Luhansk liegt die Wahlbeteiligung nach Angaben der Separatisten bei 81 %, die Zustimmung beträgt 96 %.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>